

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

237 (11.10.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerahmte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
ansichten und Stellengelände 8 Pfennig. Die Restlinie-Millimeter
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtenthaltung der
Nachdruckrechte, bei gerichtlicher Zerschlagung und bei Anstalts-Verkauf tritt die Erklärungs-
frist von 14 Tagen an. Der Verlag der „Volksfreund“-Verlagsanstalt in Karlsruhe, L. D. 1, Schloß der Engelstein-Brücke 4 über nimmt den
Vertrieb.

Andere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Öst. Zahlung 2.20 Mark o. D. u. M. D. u. M.
2.00 Mark o. Öst. Zahlung 1.80 Mark o. D. u. M. D. u. M.
Vormittags 11 Uhr o. Nachmittags 2.00 Mark o. D. u. M. D. u. M.
Karlstraße 1, D. 1, Waisenstraße 28 o. Jernstraße 202 und 201 o. Volksfreund-Verlag: Durlach, Haupt-
straße 9; D. Baden, Jagdstraße 12; Kallat, Rosenstraße 2; Offenbach, Republikstraße 7.

Nummer 237

Karlsruhe, Samstag, den 11. Oktober 1930

50. Jahrgang

Der Berliner Metallschiedsspruch

Das Signal zur Lohnabbau-Offensive
Arbeiter seid auf dem Posten!

BERLIN, 10. Okt. In der Lohnstreitigkeit der Berliner
Metallindustrie hat die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des
Vorherrschenden Rates Dr. Böcker heute abend 10 Uhr folgenden
Schiedsspruch gefällt:

1. Die bisherigen Tarifminderungen der Arbeiter über 18 Jahre
werden in allen Lohnklassen um 8 Prozent, der jugendlichen Ar-
beiter unter 18 Jahre und der Arbeiterinnen um 6 Prozent ge-
senkt und die Afforderechnungsgrundlagen ändern sich im glei-
chen Ausmaß.

2. Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 3. November 1930 in
Kraft und läuft bis auf weiteres. Sie ist mit Monatsfrist künd-
bar, erstmalig zum Schluss der Lohnwoche, in der der 30. Juni 1931
fällt.

Den Parteien wird von der Schlichterkammer empfohlen, zu prü-
fen, ob und in welchem Umfang durch Kürzung der Arbeitszeit
Wiedereinstellung von Arbeitslosen bewirkt werden kann.

Sobald der bisherige Bestand an Arbeitskräften nicht ausreicht
erhalten werden kann, wird den Arbeitgebern empfohlen, durch
Arbeitsstreckung Entlassungen in größerem Ausmaß zu vermeiden.

Die Frist zur Erklärung über den Schiedsspruch ist den Parteien
bis zum 18. Oktober 1930 gesetzt.

Bei der Verkündung des Schiedsspruchs führte der Vorsitzende,
Vorherrschender Rat Dr. Böcker, folgendes zur Begründung aus:
Die Schlichterkammer ist überzeugt, daß eine Lohnsenkung erfor-
derlich ist, um die Gestehungskosten der Wirtschaft zu senken und
damit der immer mehr zu sich greifenden Arbeitslosigkeit zu
wehren. Es ist sozialpolitisch richtiger, die Löhne, die in Zeiten
eines guten Ganges der Geschäfte festgesetzt sind, zu senken, als
durch Festhalten an dem bisherigen Lohnniveau die Krise zu ver-
schärfen und weitere Arbeitskräfte der Arbeitslosigkeit anheim-
fallen zu lassen.

Bei dem Ausmaß des Lohnniveaus konnte dem Antrag der Ar-
beitgeber nicht entsprochen werden, weil sich der Lohnabbau in
sozialpolitisch erträglichen Grenzen halten muß.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist von der Schlichterkam-
mer eingehend geprüft worden. Die Schlichterkammer müßte sich
hierbei auf eine Empfehlung an die Parteien beschränken, weil
die Arbeitszeitbestimmungen zur Zeit ungeeignet weiterlaufen.

Berlin, 11. Okt. (Funk.) Eine Konferenz der Berliner Gewer-
schaftsfunktionäre aus den Betrieben des Verbandes Berliner
Metallindustrieller wird sich am Sonntag mit dem Schiedsspruch
befassen.

Dieser Schiedsspruch ist, wie auch der Vorwärts mit Recht
feststellt, ein Signal und bedeutet, daß der Landeschlächter
im Berliner Metallkonflikt die große Lohnabbau-
offensive eröffnet hat. Der Ausgang des Berliner
Metallkonflikts wird nicht nur für die Berliner Metall-
arbeiter, sondern für die gesamte deutsche Arbeit-
erschaft von der größten Bedeutung sein. Es ist
daher notwendig, daß die ganze deutsche Arbeiterschaft poli-
tisch und gewerkschaftlich auf dem Posten ist.

Die Abschlüsse der Berliner Metallunternehmen haben
in den letzten Jahren mit ständig wachsenden Profit-
raten gearbeitet, was zweifellos in erster Linie mit der
Produktionssteigerung der Belegschaften infolge der
Nationalisierung zusammenhängt. Die Produktion des gesamt-
deutschen Maschinenbaues ist dauernd gestiegen, dabei ist
jedoch die Gesamtleistungsfähigkeit gesunken. Das An-
nehmen zermertum hat also zu einem Vorstoß gegen die Ar-
beiterschaft keine Ursache und es wäre Aufgabe
des Staates, statt den Wünschen der Unternehmer nach-
zugeben, Mittel und Wege zu ergreifen, damit die Arbeits-
zeit herabgesetzt, so daß die durch die Nationalisierung
überflüssige Arbeiterschaft wieder in den Arbeitsprozeß
eingegliedert wird.

Vom Volksvotum zur Staatskrise

G. Sch. Der fünfte Reichstag der Deutschen Republik tritt
am kommenden Montag zusammen. Wird er überhaupt oder
selbst nur einigermaßen arbeitsfähig sein? Wird er der
letzte Reichstag des parlamentarischen Systems
sein, das auf dem Fundamentalsatz beruht: Die Staats-
gewalt geht vom Volke aus! Wird aus diesem Reichstag,
der in seiner Zusammensetzung die klägliche politische Zer-
stückeltheit des deutschen Volkes widerspiegelt, die Staats-
krise emporlodern? Die Staatskrise, die nicht nur die vor-
handene Massennot in den deutschen Ländern zur fürchtbaren
Ausmaß anshwellen lassen müßte, die auch die Katastrophe
des Bürgerkrieges in sich birgt.

Der neue Reichstag weist eine Mehrheit auf, die dem neuen
Staate, der demokratischen Republik, in tödlicher Feindschaft
gegenüber steht. Auch wenn Millionen der Wähler, die diese
Mehrheit durch ihren Stimmzettel geschaffen haben, nicht
oder mindestens nicht in dem Sinne dem heutigen Staate ab-
lehnd oder gar feindselig gegenüber stehen, wie ihre Er-
borenen, der 14. September hat Gefahren geschaffen, die für jede
Lebensform lebensgefährlich werden können.

Die noch junge deutsche demokratische Republik hat die
ersten zehn Jahre ihres von Anfang an bitteren Lebens unter
solch ungünstigen und harten Bedingungen zurücklegen müs-
sen, daß man bei ehrlich rücksehender Prüfung über das be-
wiesene Maß an Lebens- und Gestaltungs-
kraft erstaunt sein darf. Mögen sie, die in tödlichem Haß
der Demokratie und der Republik gegenüberstehen, noch so
fanatisch schmähen, mögen sie in volksmörderischem Beginnen
noch so hegen und gefiern, auf der bisher zurückgelegten Weg-
straße stehen als Zeugen Marksteine sozialen Wohl-
tens und Könnens, schäpferischer Aufbauar-
beit und fortschrittlichen Geistes, die wiederholt
auch die offene Anerkennung anderer Kulturvölker gefunden
haben. Mit beinahe zermalmender Wucht liegt noch heute ein
Gewaltdiktat ohne geschichtliches Beispiel auf dem deutschen
Volke, das einen neuen Staat aus einem wüsten und entseht-
lichen Trümmerhaufen aufbauen müßte. Auch andere Völker
sind erst nach vielen Jahrzehnten, wenn nicht gar Jahrhun-
derten, vom Untertanen zum Staatsvolk geworden.
Nicht einem von ihnen ist der Anfang härter gemacht worden,
als dem deutschen Volke. Jede Staatsform, mochte sie
heizen, wie immer sie wollte, müßte nach dem Aderlaß im
Weltkriege, nach einem solch beispiellosen Zusammenbruch
einen verzweifeltsten Kampf ums Dasein führen. Die Demok-
ratie hat Lebenskräfte erzeugt, sie gestärkt und zur gestalt-
tenden Tat geführt, wie sicherlich kein anderes System.

Als die fürchtbaren Schläge des Ruhestampfes und der In-
flation überwunden waren, schien es, als sei der gewiß noch
auf lange Zeit hinaus schwere Aufstieg doch einigermaßen ge-
sichert. Da wälzt sich eine Wirtschaftskrise heran, die heute
auch die großen und kleinen Völker in allen fünf Erdteilen
in wildem Griff erfaßt hat, eine Krise, die nicht in irgend
einer Staatsform, sondern in der ungeheuren ökonomischen
Umwälzung begründet ist, die der sinnlos rasende Hochkapi-
talismus hervorgerufen hat. Das verarmte Deutschland ist
durch diese Weltwirtschaftskrise bis in die Grundfesten er-
schüttert, aber auch die reichen großen Völker sehen nunmehr
jorgenvoll den neu sich aufdringenden Problemen entgegen.
Mag der heutige Staat seine Mängel, mag das parlamen-
tarische System seine Fehler haben, gegen die Wucht der öko-
nomischen Weltumwälzung wären auch Faschismus, Käte-
listem oder Monarchie machtlos gewesen. Wir können alle
diese Systeme in der Praxis beobachten. Die Wirklichkeit und
die Tatsachen legen eindringlich Zeugnis ab.

Das deutsche Volk wurde im dritten Jahre schwere
wirtschaftlichen Elends zu einer politischen Ent-
scheidung aufgerufen. Es sah hinter sich zweiundneunzig Jahre
peinigen Elend, vor sich einen Winter, der das Elend zu stei-
gern droht. Das wirtschaftliche Elend steigerte das politische
Elend, an dem auch in besseren Zeiten bisher in Deutschland
kein Mangel vorhanden war. Da geistete die trügerische
Phrasen, die schmähende und die schmeicheleiche Lüge, die
kruppellose Hege; die Not, die die Erbitterung erzeugt, treibt
auch zur Verzweiflung. Wer am wildesten anklagt, wer am
meisten verspricht, wird Heerführer an Zuläufern und Gläu-
bigen finden. Die 107 Nationalsozialisten und 77 Kommu-
nisten beweisen das; auch primitive antikapitalistische Ideen
mögen dabei mitgewirkt haben. Und nun soll ein
Parlament die ungeheuren Schwierigkeiten meistern, das ein
Bild wilder politischer Zersplittertheit und wirtschaftliche
Gegensätze bietet, in dem höchstens der Haß gegen den bestehenden Staat
zu schaffen vermag — der Haß gegen den bestehenden Staat.
Und diese Mehrheit zerfällt sofort wieder, wenn sie ein neues
Staatsgebilde schaffen sollte.

Als Herr Dr. Brüning am 18. Juli das Auflösungs-
dekret verlas, geschah es mit zitternder Stimme und leichen-
blassen Antlitzes. Wird er in Siegerlaune am Montag vor
den neuen Reichstag treten? Vor ihm liegt ein Mißtrauens-
antrag und die Möglichkeit, daß er angenommen wird. Seine

Giftzähne ausbrechen!

Sozialdemokratie gegen die unerträg-
lichen Notverordnungsbestimmungen

Der sozialdemokratische Pressedienst schreibt zur Reichstags-
eröffnung am kommenden Montag:

Die Sozialdemokratie hat bereits in ihrem Beschluss vom 3. Ok-
tober klar ausgesprochen, daß sie sich bei ihrer politischen Haltung
lediglich leiten läßt von dem Willen, die parlamentarisch-demo-
kratische Grundlinie des Staates zu erhalten, um dadurch die In-
teressen des arbeitenden Volkes, die durch die Wirtschaftskrise aufs
schärfste bedroht sind, zu wahren. In diesem Beschluss ist auch be-
reits angedeutet worden, daß die sozialdemokratische Reichstags-
fraktion entschlossen ist, auf dem Wege der ordentlichen Geset-
gebung die

Beseitigung der für die breiten Massen des Volkes unerträ-
glichen Bestimmungen der Notverordnungen zu fordern.

Damit ist ganz deutlich ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie
einen Antrag auf sofortige Aufhebung der Notverordnungen nicht
aufstellen wird. Sie will zunächst den Versuch machen, auf dem
Wege der ordentlichen Gesetzgebung die jetzigen Bestimmungen zu
beseitigen, gegen die sich der Widerstand der Massen richtet.
Diese Haltung der Sozialdemokratie beweist, den

Verlauf der Kommunisten und Nationalsozialisten, ein müßes
Durcheinander zu schaffen und dadurch den Boden für die Dik-
tatur zu bereiten, zu versteinern.

Nur so können die Interessen des werktätigen Volkes geschützt
werden. Die restlose Aufhebung der nun einmal seit Wochen in
Kraft befindlichen Notverordnungen, ohne daß etwas anderes an
ihre Stelle gesetzt wird, würde die schwersten Erschütterungen der
öffentlichen Finanzen bedeuten. Bei einer restlosen Aufhebung
würde die gesetzliche Grundlage entzogen, sie könnten nicht mehr
geleitet werden.

Die Unterstützung für Erwerbslose hörte auf.
Der radikalste Abbau der Leistungen der Erwerbslosenversicherung
wurde mit einem Schlag verwirklicht. Endlich hätten die Scher-
macher ihr Ziel erreicht.

Die Sozialdemokratie wird sich deshalb dafür einsetzen, daß ein
Weg beschritten wird, durch den den Notverordnungen die

Giftzähne ausbrechen
werden, ohne daß solche Gefahren auftreten, wie sie durch eine
restlose Aufhebung der Notverordnungen entstehen müßten. Die
Sozialdemokratie wird deshalb verlangen, daß die Notverord-
nungen in einem

Ausschuß des Reichstags beraten
werden, der in sachlicher Arbeit Änderungen vorzunehmen hat.
Es ist der Sozialdemokratie in dieser ernsten Zeit lebhaft darum
zu tun, unbedünnt um das demagogische Geschrei der radikalen

Linken und Rechten die Interessen der arbeitenden Schichten zu
schützen.

Sozialdemokratischer Fraktionsvorstand bei Brüning

Berlin, 10. Okt. (Eig. Draht.) Die sozialdemokratische Reichs-
tagsabgeordnete Breitheid, Müller und Bels hatten am Freitag
nachmittag mit dem Reichsanwalt eine längere Unterredung.

Staatspartei nicht einmal Fraktionsstärke mehr

Die Krise innerhalb der Staatspartei hat sich nunmehr auch auf
die Reichstagsfraktion dieser Partei ausgebreitet. Die sechs Abge-
ordneten der völkernationalen Richtung sind aus der Fraktion der
Deutschen Staatspartei ausgetreten. Sie beabsichtigen, sich zunächst
keiner Fraktion anzuschließen.

Mit dem Austritt der Völkernationalen besitzt die Staatspartei
im Reichstag mit ihren 14 Abgeordneten nicht mehr die für eine
Fraktion erforderliche Stärke. Die „Demokraten“ haben ihre
moralischen Charakter verloren. Erst den Charakter
geopfert und dann doch Pleite — ein böses Ergebnis.

Volkspartei „gestaltet“ Curtius zu bleiben

Berlin, 10. Okt. (Eig. Draht.) Die Reichstagsfraktion der
Deutschen Volkspartei befähigte sich am Freitag nachmittag in
einer mehrstündigen Sitzung mit der politischen Lage. Vorher
hatte der Fraktionsvorsitzende Dr. Scholz mit dem Reichsanwalt
eine Unterredung, in deren Verlauf Brüning keinen Zweifel dar-
über ließ, daß eine Desorganisation der völkernationalen Reichs-
abgeordneten Curtius durch die Deutsche Volkspartei bzw. eine
Disziplinierung dieser Partei von dem Kabinett den sofortigen
Rücktritt der Regierung Brüning zur Folge haben würde.
Die Mehrheit der völkernationalen Reichstagsfraktion hat dar-
aufhin den anfänglichen Plan, sich von der Außenpolitik ihres
Fraktionskollegen Dr. Curtius öffentlich zu distanzieren, aufgegeben.
Im Verlauf der völkernationalen Fraktionsitzung nahm u. a.
auch der Reichsanwaltminister Dr. Curtius das Wort zur Vertei-
digung seiner Außenpolitik.

Goebbels versteckt sich

BR. Berlin, 10. Okt. In einer nationalsozialistischen Ver-
sammlung in der Neuen Welt in der Halenbeide erklärte gestern
abend der Berammlungsleiter, daß der als Hauptreferent vor-
getretene Dr. Goebbels nicht erschienen werde, da den
Nationalsozialisten bekannt geworden sei, daß die Abteilung 1A
Dr. Goebbels aus dem Saal heraus verhaften wolle. Deshalb
hatte Dr. Goebbels es vorgezogen, bis zur Ersitzung des
neuen Reichstags nicht mehr öffentlich zu treten.
Auf einmal warten die Nationalsozialisten auf die sonst von
ihnen bekämpfte parlamentarische Immunität. Ja, man kann so
und so!

Front ist zusammengeschmolzen und wo ist die Rückendeckung und die der Flügel? Wirds der muntere Seefabert und Allerweltschwäger Treptanus schaffen? Ohne oder auch gegen die Sozialdemokratie wollte Herr Brüning regieren: 184 Nazis und Kommunisten werden ihm fortan die Begleitmusik dazu spielen. Die kleineren „Freunde“ um Herrn Scholz und Drewitz sind ebenfalls angenehme Zeit- und Bundesgenossen. Die Köpfe der Herren Wirth und Curtius werden fürmlich gefordert. Werden sie „rollen“? Damit werden aber die Hitler, Fritsch und der kleine Goebbels nicht zufrieden sein. Und Herr Drewitz, der Bäckermeister aus Berlin-Mahlsdorf, wird Herrn Brünings Kuchen mit Rosinen spicken, die die Freude und den Appetit an solchem Gebäck wirklich verderben können.

Die Sozialdemokratie. Sie wird, sei es innerhalb einer Regierungsallianz, sei es in der Opposition, in jedem Falle sich der Verantwortung bewußt sein, die einer großen Partei unter allen Umständen obliegt. Die Gefahren, die besonders auch für die Arbeiterklasse aus einem vollständigen Verlassen des Parlaments entstehen, werden von der Sozialdemokratie in voller Schwere eingeschätzt; nicht minder die Gefahren, die aus einer gemeinsamen Beteiligung der Deutschnationalen und der Nazis an einer Reichsregierung erwachsen müssen. Können und dürfen diese Gefahren allein die Sozialdemokratie veranlassen, um jeden Preis eine bürgerliche Regierung zu halten? Mit der Verantwortung gegenüber dem Staate ist für die Sozialdemokratie auch die große Verantwortung gegenüber den Lebensinteressen der Arbeiterklasse verbunden. Aber es könnte doch eine Situation kommen, wo zugunsten der Arbeiterklasse gegenüber dem bürgerlichen Staate eine Trennung vorgenommen werden müßte.

Auch in Deutschland wird man vielleicht mit Hilfe einer Diktatur eine Zeitlang herrschen können. Man mag aber die politische Krise größer, ja selbst des größten Teiles des deutschen Volkes noch so kritisch beurteilen, Deutschland ist schließlich weder Rußland, noch Italien, Ungarn oder Polen. Einer Diktatur in Deutschland, die nicht die Wirkungen der weltwirtschaftlichen Umwälzung verhältnismäßig rasch zu bannen vermag, würde die soziale Revolution folgen: ein ins Deutsche übergehender Bolschewismus. Dazu haben auch die Nationalsozialisten den deutschen Boden etwas beudet. Was aber inzwischen aus den 65 Millionen deutscher Menschen werden würde, das dürfte Clemenceaus furchtbarem Wort ziemlich nahe kommen.

Noch niemals in der deutschen Geschichte ist ein Parlament unter derart tragischen Verhältnissen gewählt worden und zusammengetreten, wie der fünfte Reichstag der Deutschen Republik. Und noch kein deutsches Parlament präsentierte sich beim Beginn seiner Tätigkeit so wenig hoffnungsvoll, wie der gegenwärtige Reichstag. Wird das Volkstotum vom 14. September zur Staatskrise führen? Oder wird selbst aus diesem Reichstag die Möglichkeit zur Gelung erwachsen können?

Die finanzielle Basis des Reiches zu sichern, den verheerenden Wirkungen der Wirtschaftskrise nach Möglichkeit und mit allen dazu verwendbaren Kräften zu steuern, vor allem Arbeit zu schaffen und die Opfer der Krise nicht noch tiefer in die Not sinken zu lassen, das sind die drängendsten und vornehmsten Aufgaben, die gemeinsam mit der Regierung das Reichsparlament zu erfüllen haben. Dabei sollte und darf es nicht auf Rechtshaberei, auf Parteigewinn oder gar auf agitatorischen Konkurrenztrieb ankommen, sondern auf die frische und energische Tat. Die Aufgaben sind enorm schwer, auch die möglichst beste Lösung wird die Kritik nicht verkommen lassen, aber die Tat ist jetzt noch weit mehr als jemals das Entscheidende.

Gerade deshalb werden die Parteien, die die Demokratie und nicht nur das heutige parlamentarische System beseitigen wollen, darüber hinaus auch die Republik, zur Sabotage der parlamentarischen Arbeit schreiten, sofern eine solche wirklich in diesem Reichstag möglich sein sollte. Die Sozialdemokratie wird in jedem Falle zur praktischen und hilfswilligen Arbeit zur Verfügung stehen, aber auch zum denkbar schärfsten Kampfe, wenn anders es nicht gehen sollte.

Von der Einstellung und Haltung der bürgerlichen Mittelparteien wird es abhängen, ebenso von der Reichsregierung und von dem hinter ihr stehenden Reichspräsidenten, ob entschlossen und in ehrlichem Willen wenigstens der Versuch unternommen wird, mit einer verantwortungsbewußten Mehrheit erfolgreich durch die Not und ihre Begleiterscheinungen hindurchzukommen. Es steht ungeheuer viel auf dem Spiel: nicht leicht die Zukunft des deutschen Volkes.

Preußen auf dem Posten

Im preußischen Ministerium des Innern begann unter der Leitung des preußischen Innenministers Dr. Waentig eine Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten Preußens. An ihr nahmen teil die Chefs der preußischen Provinzialbehörden, sowie die leitenden Beamten des preußischen Ministeriums des Innern und Vertreter sämtlicher anderer preußischer Ressorts. Minister Dr. Waentig beauftragte die erschienenen leitenden politischen Beamten Preußens und ging nach einigen Bemerkungen zur Geschäftsordnung auf die augenblickliche politische Lage ein. Er wies darauf hin, daß die ungewöhnlich ernste politische und wirtschaftliche Situation die größte Aufmerksamkeit der Regierungsbehörde und ihrer Organe im Lande notwendig mache. Der Ausgang der Reichstagswahl habe die Unsicherheit und Undurchsichtigkeit der Lage noch vergrößert. Gerade weil heute die Entwicklung der nächsten Monate wirtschaftlich und politisch durchaus unsicher sei, müßten in ganz besonderem Maße die preußischen Verwaltungsbehörden auf dem Wache sein. Der Preußische Staat habe sich bereits in früheren Krisenzeiten als der Fels erwiesen, an dem sich die Wogen brechen. In diesem Zustande solle und dürfe sich auch in Zukunft nichts ändern.

Keine Begnadigung der Ulmer Offiziere

Hindenburg will Unterordnung der Reichswehr
 Wehr, Berlin, 10. Okt. Der Herr Reichspräsident (der zur Zeit im Rheinland weilt), hat das von einem der Verteidiger der drei vom Reichsgericht verurteilten Reichswehroffiziere an ihn gerichtete, in der Presse veröffentlichte Gesuch um Begnadigung mit der Begründung abgelehnt, da die Notwendigkeit in politischer bewachter Zeit Schutz und Unterordnung in der Reichswehr unerlässlicherseits zu erhalten, die an demselben Aufhebung des Urteils und wenigstens zurzeit auch eine Mildebung der Strafe nicht zuläßt.

Leipzig, 11. Okt. (Kundendienst.) Die im Leipziger Reichswehrprozeß verurteilten Leutnants Scheringer und Wendt sind zur Verbüßung ihrer Strafen nach Gelnau übergeführt worden. Leutnant Lubius wurde zum gleichen Zweck nach Rastatt gebracht. (Wohin in Rastatt, das bekanntlich längst keine Bestung mehr ist?)

Kommünalisierung in England

Forderungen der Labour-Party

Manuskript, 9. Okt. (Eig. Draht.) Transportarbeiter Herbert Morrison, einer der jüngsten und fähigsten Köpfe der englischen Arbeiterbewegung, leitete den letzten Tag der Labourkonferenz mit einem großzügigen Referat ein, das das Regierungsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zum ökonomischen Wiederaufbau nach der verteknischen und kommunalpolitischen Seite ergänzte.

75 Prozent aller von der Labourregierung bisher zur produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgegebenen Summen sind durch die Hände des Transportarbeiters gegangen. Elektrifizierung des Landes und der Eisenbahnen war und bleibt einer der Hauptprogrampunkte der Arbeiterregierung. Eine einseitige wirtschaftliche Restauration steht Morrison jedoch nur dann, wenn die großen industriellen Unternehmen der Privatwirtschaft einbezogen werden und aus dem

Privatbesitz in die Staatsverwaltung zum Besten der Allgemeinheit übergehen. Den Anfang macht Morrison mit dem demnächst dem Unterhaus vorzulegenden Gesetzentwurf über die Zusammenfassung aller Londoner Verkehrsmittel, die zur Zeit noch zum größten Teil in Privatbesitz sind und in kommunales Eigentum verwandelt werden sollen. 10 Millionen Menschen sind auf diese Londoner Transportmittel angewiesen, und es geht nicht mehr länger, daß die dringend notwendigen Verkehrs- und Preisreformen durch den Widerstand der Privatbesitzer verhindert werden.

Neuer Vorsitzender der Labour Party

Manuskript, 10. Okt. (Eig. Draht.) Die neugewählte Exekutive der Labour Party ernannte Stanley Brist zu ihrem Vorsitzenden. Brist war bisher Kassier des Transportarbeiterverbandes. Er steht im 45. Lebensjahr und gehört seit vielen Jahren dem Vorstand der Arbeiterpartei an. Die unabhängige Arbeiterpartei wird in der Exekutive durch Tomitt vertreten.

Frankreichs Kreditkündigungen

Was kostet uns der 14. September

In gut unterrichteten französischen Kreisen behauptet man, daß von acht Milliarden Franken kurzfristigen Krediten, die Frankreich Deutschland angeden hatte, bisher rund die Hälfte wieder den Rückweg nach Paris angetreten hat. Die in den nächsten Tagen fälligen Ein- und Dreimonatskredite sind ebenfalls zu einem guten Teil bereits gekündigt. Die innenpolitische Entwicklung in Deutschland hat die französischen Kreditisten aufs höchste misstrauisch und besorgt werden lassen.

Die Ereignisse seit dem 14. September lassen nun keinen Zweifel daran, daß der Wahlleser sich währungsrechtlich recht unglücklich für Deutschland ausgesprochen hat. Der Verkauf von ausländischem Geld ist seit dem 14. September erheblich gestiegen. Besonders hart bemerkt macht sich die Nachfrage nach französischen Franken. Die Finanzzeitungsblätter melden, daß es insbesondere die kleinen Werte sind, die nach dem 14. September als Frankenkäufer auftraten.

Die Frankf. Ztg. beantwortet die Frage: Was kosten uns die Wahlen vom 14. September? wie folgt: Es gibt eine Zahl, die das sehr deutlich aufzeigt: in drei Wochen seit dem Wahltag hat die Deutsche Reichsbank an Gold und Devisen die runde Summe von 650 Millionen Mark hergeben müssen. Wozumal nicht alles diese eine Zahl! Sie spricht von vermindertem Vertrauen zu Deutschlands Gegenwart und Zukunft in manchen ausländischen Geldkreisen.

Freitag bereits wieder Goldabgaben notwendig geworden

Berlin, 9. Okt. (Eig. Draht.) Die Reichsbank hat am Freitag, also 24 Stunden nach der Diskontenerhöhung, die als Mittel gegen die Markflucht abgedacht war, wieder 52 Millionen Mark Gold abgeben müssen (35 Millionen nach Paris und den Rest nach Amsterdam). Die Anfordierungen nach Devisen haben sich verdoppelt.

Luther vor der Internationalen Zahlungsbank

In Basel, dem Sitz der Internationalen Bank, sind am Freitag die Präsidenten der fünf großen Notenbanken Europas, Sir Montague Norman-England, Moret-Frankreich, Professor Beneduce-Italien, Dr. Luther-Deutschland und von Seeland-Belgien zu einer Beratung zusammengetreten, der auch MacGarran, der Präsident des Verwaltungsrates der B.S.B. und Quenan, ihr Generaldirektor, beiwohnten.

Reichsbankpräsident Dr. Luther erstattete im Verlauf der Sitzung Bericht über die erste Lage des deutschen Finanzmarktes.

Ueberbrückungskredit perfekt?

Dem Berliner Börsenkurier zufolge soll ein amerikanischer Ueberbrückungskredit von 125 Millionen Dollars vor dem Abschluß stehen.

Weitere Bezugskürzungspläne

Dem Continentalnachrichtenbureau zufolge soll als Folge der Kürzung der Beamtengehälter auch eine Minderung der Dienstgehälter der unter den Ausstellungsverträgen stehenden Reichsangestellten erfolgen.

Der Aufstand in Brasilien

Buenos Aires, 10. Okt. Nachrichten aus Santa Anna zufolge sind drei Abteilungen Kavallerie, die die Besatzung der aufständischen Truppen bilden, in den Staat Rio de Janeiro eingedrungen. Die Bundesregierung soll dagegen im Staat Minas Gerais Vorteile errungen haben.



Karte Brasiliens.

Sowjetrußland erzwingt Arbeitsdienstpflicht

Die Sowjetunion stellt die Zahlung von Erwerbslosen unterfütungen ein

Moskau, 10. Okt. (Tel.-Bgr. der Sowjetunion.) Starke Mangel an Arbeitskräften in einer Reihe von Zweigen der Volkswirtschaft veranlaßt das Arbeitskommissariat, die Beschäftigungsstellen anzuweisen, abermals die Ausschaltung von Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Der Sozialversicherungsetat wird Unterfütungen von Erwerbslosen nicht mehr vorzehen.

Italienische Auswanderung nach Frankreich

Sähepunkt der italienischen Wirtschaftskrise

Paris, 9. Okt. (Eig. Draht.) Wie der Paris Midi aus Nizza meldet, kommen seit einiger Zeit über die Grenzstation Ventimiglia zahlreiche italienische Auswanderer nach Frankreich, ohne daß ihnen von Seiten der Grenzbehörde die geringsten Schwierigkeiten bereitet werden. Bisher noch vor einiger Zeit die politischen Rückschlüsse unter Lebensgefahr die schmerzlichen Gebirgspässe überqueren mußten, passieren sie jetzt den Legation Grenzpass und warten in der französischen Quarantäne die Ausfertigung ihrer Arbeitsverträge ab.

Man nimmt an, daß dieser plötzliche Wechsel in der Haltung der faschistischen Regierung auf die schwere wirtschaftliche Krise Italiens zurückzuführen ist, in der sich Italien befindet. Auch scheint man für den kommenden Winter ein bedrohliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu befürchten und zieht es offenbar vor, die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht auf den Höhepunkt zu treiben. Nicht ohne Einfluß auf die Beschlüsse der leitenden Behörden dürften die in Paris schwebenden Finanzverhandlungen sein, auf Grund deren Italien eine größere Kredithilfe durch die französischen Banken zu erhalten hofft.

Krise im französischen Kabinett

Die Radikalen wollen Teilnahme an Konzentrationsregierung

Paris, 9. Okt. (Eig. Draht.) Der am Donnerstag auf dem radikalen Parteitag in Grenoble gefasste Beschluß, der den Weg zur Konzentration der bürgerlichen Kräfte und der Mittelparteien eröffnet habe, hat die seit Monaten bestehende Krise des Kabinetts Tardieu akut werden lassen. Tardieus Autorität war schon in den letzten Wochen der Sommerregierung des Parlaments so stark erschüttert, daß er sich dem drohenden Sturz des Kabinetts nur durch Vertagung entziehen konnte. Er dürfte am liebsten die Zurückziehung seiner Resignation und des Streikts um die Außenpolitik den Wiederzusammentritt der Kammer kaum langsam überleben. Der Parteibeschluß von Grenoble heißt jetzt die Möglichkeit, zur Bildung einer breiteren Regierungsmehrheit, die imstande erscheint, bis zu den Neuwahlen bestehen zu können, denn sie dürfte mit Ausnahme der äußersten nationalistischen Kräfte und der Sozialisten alle Parteien der Kammer umfassen.

Nach einer zweijährigen Kur in der Opposition werden also die Radikalen jetzt wieder in die Regierung eintreten. Es trägt sich allerdings, ob sie dann nicht wiederum wie einst unter der nationalsozialistischen Union Poincarés der Reaktion Vorwanddienste leisten werden, und die Kosten tragen müssen. Die Sozialisten werden der neuen Entwicklung der Dinge in der französischen Innenpolitik jedenfalls mit Ruhe entgegensehen können. Ihre Erfolge bei den letzten Wahlen zur Kammer haben bewiesen, daß sie weder von der Regierung Tardieu noch aus von ihren ehemaligen Parteigenossen, den Radikalen, irgend etwas zu befürchten haben.

Das Endergebnis der Finnlandwahlen

Helsingfors, 10. Okt. (Eig. Draht.) Auf Grund des jetzt vorliegenden endgültigen Ergebnisses der finnischen Reichstagswahlen erhielten die Sozialdemokraten im neuen Reichstag 66 (59) Sitze, die Agrarpartei 59 (60), die Lappengruppe 42 (28), die Fortschrittspartei 11 (7) und die Schwedenpartei 21 (23) Sitze. Die Kommunisten, die im letzten Reichstag 23 Abgeordnete zählten, sind im neuen Reichstag nicht vertreten.

Von insgesamt abgegebenen 1 122 182 Stimmen konnten die Sozialdemokraten mehr als ein Drittel, nämlich 385 750 Stimmen auf sich vereinen. Zwischenzeitlich führt jedoch die faschistische Lappo-Bewegung ihr reaktionäres Treiben fort, wie die Aussage des Rechtsanwalts Branting, der zu einer Verteidigung von Kommunisten nach Finnland kam, zeigt.

Schweiz fühlt sich von Reichsbahn bedroht

Basel, 10. Okt. Der Große Rat des Kantons Basel Stadt behandelte gestern Internationalen über die Tarifmaßnahmen der Deutschen Reichsbahn, die sich nach Ansicht der Internationalen gegen die schweizerische Rheinschiffahrt und den Baseler Rheinthalen richten. In der Begründung der Internationalen wurde von einem beabsichtigten, die schweizerischen und insbesondere Baseler Interessen bedrohenden rücksichtslosen Tarifumhang der Deutschen Reichsbahn gesprochen. In der Begründung erklärte Regierungsrat Dr. Brenner daß Kampfmaßnahmen der Reichsbahn unabweisbar vorliegen und er wünsche, ohne sich mit allen Vorbehalten der Internationalen einverstanden zu erklären, eine Entschärfung der Bedrohung für die schweizerische Rheinschiffahrt und den Baseler Rheinthalen anerkennen. Die Regierung werde alles Erforderliche zur Schutze der schweizerischen Rheinschiffahrt tun. In einer Entschärfung wird der schweizerische Bundesrat aufgefordert, bei der deutschen Reichsregierung Schritte zu tun, um die Aufnahme dieser Maßnahmen zu erreichen und die Schweiz ihre Verbindung mit dem Weltmeer in Zukunft vor derartigen Entschärfungen und Schädigungen zu schützen.

Die Wahlen im Memelgebiet

Memel, 10. Okt. Die Wahlen zum Memeländischen Landtag sind nach den bisher vorliegenden Meldungen überall ohne Zwischenfälle verlaufen. Im großen und ganzen dürften sich bei den einzelnen Parteien keine Wandlungsverschiebungen ergeben. Die Parteien werden durch die größere Wahlbeteiligung einen Stimmensummenzuwachs verzeichnen können.

Freistaat Baden

Gehirnwundkranke als Politiker

Je mehr man die nationalsozialistische Bewegung verfolgt, umso härter kann man die Beobachtung machen, daß die „Politik“ des Diktators vor allem darauf hinausgeht, jene Kreise für die nationalsozialistische Politik zu aktivieren, die innerlich der Politik fernstehen und denen jede Fähigkeit zu einem politischen Urteil mangelt. Gerade jene Kreise, die der Politik indifferent gegenüberstehen, sollen durch die nationalsozialistische Propaganda dafür gewonnen werden, Hitler und seinen „Führertroß“ in den Sattel zu heben. Die Mittel, die hierbei in Anwendung gebracht werden, sind manchmal so habnehilich, daß man darüber lachen möchte, wenn nicht die Situation, in die Deutschland durch die Nationalsozialisten gebracht wird, gar so traurig wäre.

Wir haben in letzter Zeit des öfters darauf hingewiesen, wie die Nationalsozialisten selbst astrologische Wandereckner dazu benutzen, um bei jenen Kreisen Propaganda zu machen, die sonst nie und nimmer politischen Vorurteilen Beachtung schenken. Wer den Zeitungsverfasser, der heute in jenen Verammlungen verpaßt wird, in denen einem sehr primitiven Publikum vorgelesen wird, was angeblich die Geister weisagen, der kann un schwer den nationalsozialistischen Hintergrund beobachten, aus dem heraus diese „Propheten“ im Dienste der Nationalsozialisten Tag und Nacht reden.

Die Astrologie scheint jedoch immer noch nicht zu genügen und so hat man sich nunmehr auch noch auf die Graphologie geworfen, der vermutlich in Höhe der Chimäre folgen wird. An Hand eines angeblichen Briefes Severings, über dessen Echtheit dazu noch keinerlei Anhaltspunkte vorhanden sind, versucht der nationalsozialistische Führer ein Urteil über Severing, das nichts anderes bedeutet als den Versuch, auf diese Weise noch mehr, als es sonst tut, den ehemaligen Reichsinnenminister in der von Diktatorseits beliebigen Art herabzusenken zu können. Statt in bisher gewohnter nationalsozialistischer Art die Führer der Republik herabsinken zu wollen, wird der Umweg über die Graphologie angetreten — selbstverständlich nach nationalsozialistischer Weise interpretiert —, um republikanische Führer verächtlich zu machen.

Die Nationalsozialisten hätten alle Ursache, statt mit graphologischen Tricks zu arbeiten und hellhebräischen Hofschwänzen zu treiben, auf Grund ihrer eigenen Massenbetätigung sich einmal ihren Halbbrüder zu betrachten. Der 1926 verstorbene Münchener Mediziner und Massenheiler, Präsident der bayerischen Akademie für Wissenschaften, Geheimrat Dr. Prof. von Gruber, hat sich Herrn Hitler beim Reden arüblig angesehen. Gruber ist einer der reaktionärsten Mediziner gewesen, die es in Deutschland gibt. Seine Sachverständigkeit wird also wohl von keinem Antisemitem bestritten werden. Er gehörte als führendes Mitglied dem deutschen Verbande an und war einer der intimsten Freunde des bekannten nationalsozialistischen Kulturschaffers Adolf Hitler. Dieser alldeutsche Massenheiler hat nun folgendes Bild von Adolf Hitler entworfen:

„Zum ersten Male sah ich Hitler in der Nähe. Gesicht und Kopf schielte nach rechts, Nase, Mißbillia, Niedere, tiefe Stirn, ungleiche Nase, breite Backenknochen, kleine Augen, kleine Nase, Gesichtsausdruck nicht eines in voller Selbstbeherrschung Gebieteren, sondern der eines wahnwitzigen Erregten, Wiederholtes Sagen des Gesichtsausdrucks, am Schluß Ausdruck des Selbstgefühls.“

Bevor also die Nationalsozialisten graphologische Kunststücke zur Herabsetzung führender Republikaner versuchen, sollten sie sich

an der eigenen Nase reiben. Ein vernünftiger Mensch mit fünf Sinnen weiß selbstverständlich, was er von dieser „Graphologie“ der Nationalsozialisten zu halten hat und wenn man nicht an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes verzweifeln möchte, muß man hoffen, daß allmählich diese Methoden doch verjagen müssen. Ob allerdings jene nationalsozialistischen Mitläufer, die an Gehirnwund leiden, diese Tricks durchschauen, ist eine andere Frage und auf die Mitläuferschaft von Gehirnwundkranken baut sich ja bekanntlich die nationalsozialistische Politik auf. Da wir jedoch an die Zukunft des deutschen Volkes glauben — allen Tiraden der Nationalsozialisten zum Trotz —, hoffen wir, daß dem deutschen Volke noch genügend gesunder Verstand innewohnt, um auch über diese Erkrankung hinweg zur Gesundung zu kommen.

Republikaner! Wir rufen Euch!

In einer Führertagung des Reichsbanners, Gau Baden, wurde zur politischen Lage folgender Aufruf einstimmig beschlossen:

Das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September hat dem vernünftigen Teil des deutschen Volkes gezeigt, in welcher politischen Situation die Republik eingetreten ist. Der Faschismus, dessen Regiment unter ungeheuren Blutopfern schon in vielen Staaten aufgerichtet worden ist, steht auch in Deutschland vor den Toren. Es gibt jetzt nur eine Koalition der Vernünftigen, das ist die geschlossene Front aller Republikaner gegen den Faschismus. Das Reichsbanner ist bereit, diese Kampfkraft gegen den Faschismus zu führen.

In der Stärkung der demokratischen Grundbaue des Staates, unter gleichzeitiger Zurückweisung aller antisozialen Einfälle, erblickt das Reichsbanner die Voraussetzung für die Mitarbeit aller schaffenden Stände am Ausbau des Staates zu einer sozialen Republik.

Zur Erreichung dieses Zieles der Schaffung eines wahren republikanischen Volkstaates und zum Kampf gegen den Faschismus, soziale Wohlfahrt und Freiheit bedrohenden Faschismus ruft das Reichsbanner alle zur aktiven Mitarbeit bereiten Kräfte unseres Volkes auf.

Die Stunde ist ernst, klar die Front: Faschismus, Antifaschismus, Republikaner, seid zum Kampf bereit, führt die Reihen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold!

Graulichmacherei am falschen Platz

Die zwiespältige Haltung des Zentrums gegenüber vielen politischen Fragen tritt am markantesten in in der Reichsreform zutage. Einerseits wird häufig Sparjamkeit gepredigt, andererseits werden drei Kreuze geschlagen, wenn positive Vorschläge zur Reichsreform geäußert werden. So werden denn auch jetzt wieder im badischen Beobachter einige Veröffentlichungen zur Reichsreform ausgegraben mit dem Zweck, vor dieser graulich zu machen und sich als Beschützer vorklarischer Besinnung hinzustellen. In Wirklichkeit handelt es sich bei den dabei herangezogenen

Konferenzen zur Reichsreform um Besprechungen, die unter dem Vorherrschaft des Zentrumstanzlers Brünning erfolgten, so daß der bad. Beobachter wahrlich keinerlei Ursache hat, von marxistischen Herrschaftstendenzen zu sprechen. Das Zentrum kann eben in der Frage der Reichsreform nicht über seinen Schatten springen, trotzdem die einsichtigen Männer seiner Partei sich angesichts des Zwangs zur Sparjamkeit längst über die Notwendigkeit dieser Entwicklung klar sind. Um sich darüber hinwegzusetzen, sucht man eben in gewohnter Weise graulich zu machen — so wenig dies hier auch am Platz ist.

Böb und die Pensionsfrage

In weitesten Volkskreisen erregt das milde Urteil, das der bisherige Berliner Oberbürgermeister Böb in der Revisionsinstanz gefunden, allgemeine Verwunderung. Es ist zweifellos sehr schwer, ohne die Einzelheiten der Revisionsberatung zu kennen, sich zum Urteil im einzelnen zu äußern. Eines steht jedoch fest: der Ausgang des Falles Böb muß die maßgebenden Instanzen dazu zwingen, die Pensionsfrage nunmehr ernstlich in die Hand zu nehmen. Gerade der Fall Böb läßt eindringlich erkennen, wie unanständig es ist, die Pensionen in der bisherigen Höhe zu belassen.

Die Sozialdemokratie hat bereits mehrfach im Reichstags Anträge auf Herabsetzung der hohen Pensionen gestellt und dabei 12.000 „K“ als Norm genommen. Im Haushaltsantrag des verflohenen Reichstags wurde bereits ein ähnlich gerichteter Antrag der Sozialdemokratie angenommen; er ist jedoch durch die Auflösung des Reichstags im Plenum nicht mehr zur Behandlung gekommen. Dies muß nunmehr im neuen Reichstag geschehen. Es darf nicht mehr so weiter gehen, daß die bürgerlichen Parteien es gerne sehen, wenn aus kleindürgerlichen Kreisen für die hohen Pensionen geschimpft und gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie gebekkt wird, es dabei jedoch die rechtsgerichteten und nationalsozialistischen Schichten sind, die den Rufstift aus den hohen Pensionen haben.

Eine der ersten Aufgaben im neuen Reichstag muß sein, daß die Sozialdemokratie einen Antrag auf Herabsetzung der hohen Pensionen stellt, wobei das Höchstmaß der Pensionen 12.000 „K“ mag es sich nun um Minister oder um hohe Militärs handeln, nicht überschreiten darf. Es wäre fallsch, wenn man die nationalsozialistische Deke in dieser Sache weitergehen ließe. Bevor die Nationalsozialisten den Mund zu dieser Frage aufgemacht haben, hat die Sozialdemokratie längst in dieser Hinsicht einen Vorstoß unternommen — wenn er auch bei manchen abgefaßten hohen Beamten und hohen Militärs a. D., die sich ihrer Beziehungen zu den Nationalsozialisten rühmen können, keinen Anklang fand. Nun aber muß ernst gemacht werden. Die Nationalsozialisten sollen Farbe bekennen.

Stand der Reben im Reich

Die vorwiegend nachfolte Witterung im September hat vielfach eine Vorlese der Trauben erforderlich gemacht. Im allgemeinen wird mit einem der Menge nach befriedigendem Ertrag von mittlerer Güte gerechnet. In günstigen Lagen ist die Rotmoßfelle in vollem Gange. Fast überall wird über härteres Auftreten von Fäulnis der Trauben und über andere Rebrkrankheiten berichtet. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering lautet die Begutachtung über den Stand der Reben für die wichtigsten Gebiete des deutschen Weinbaues wie folgt: Preussisches Rheingaugebiet 3,5 (im Vormonat 3,2), übriges preussisches Rheingaugebiet 2,9 (2,8), Rheingebiet 3,3 (3,1), Mosel, Saar- und Ruwertalgebiet 2,9 (2,6), Ahrgebiet 2,3 (2,2), Badisches Weinbaugebiet 2,7 (2,7), Rheinbeselien 2,5 (2,6) Rheinpfalz 2,8 (2,9), Unterelben 2,6 (2,3), Niederrhein 2,3 (2,0), Vogelland 2,4 (2,5).

Damen-Mäntel

in größter Auswahl
in besten Qualitäten
zu billigsten Preisen

Landauer

Das größte Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion

Volksbühne

„Die Nibelungen“ von Friedrich Hebbel. „Der gebürtene Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“

Es ist klar, daß wir heutigen, und zwar nicht allein der Proletarier, sondern der Bürger ebenso, nur mit starkem innerem Widerstreben der Handlung der „Nibelungen“ folgen können. Wir stehen uns eben so oft an der Moral dieser ins Riesenhafte projizierten Verbrechen. Es sind Riesenhafte „Blonde Bestien“, die da umeinander herumhüpfen wie leuchtende Panther und den gefährlichsten Momenten erpfaßen, wo sie über den andern herfallen können. Die bürgerlich-monarchistische Literaturkritikierung will uns das Nibelungenlied und das nach ihm gearbeitete Drama Hebbels als etwas wie ein Hobbelle der Treue aufschwächen; man kann es aber geradezu als ein Lied von der Untreue, von Gemeinheit und Niedertracht nennen. Wer nicht gedankenlos in dem Stück sitzt, der muß sich in seinen innersten Empfindungen verletzt fühlen, muß mißbilligend den Kopf schütteln zu dem, was die Mannen und Weiber da vorn auf der Bühne treiben.

Wir erwähnten schon, daß dieser in Drachenblut gebärtete Siegfried kein Held mehr ist. Da für ihn keine Todesgefahr mehr besteht, ist es für ihn kein Ruhm, sich so läßt in allerlei Kämpfen zu tummeln. Daß er dazu noch eine Tarnkappe besitzt, ist ebenfalls auch überflüssig. Ist er schon durch Körperkraft allen Geanern überlegen, wozu braucht er noch den Tarnhelm, der ihm noch eine weitere Ueberlegenheit sichert? Wer sportlich fair denkt, muß darauf Anstoß nehmen. Siegfried macht auch von diesem Zaubermittel einen durchaus verwerflichen Gebrauch. Er will an Stelle Gunthers den Kampf gegen Brunhild führen und die Heißate dann dem Schlappeur Gunther zuschanzen. Die umstehenden teutischen Keden sind — von Gernot und Volfer abgesehen — mit diesem Schurkenreich einverstanden. Volfer mahnt zwar: „Ich meine nur, daß falsche Kräfte für uns nicht ziemen“, aber der „edle“ Gunther erblickt den Einwand des Gewissens damit, daß es nicht anders geht! Eine laubere Rechtfertigung! Auch der arime Rede Hagen Ironie, der sich im ganzen Stück als den Rächer der verlebten Treue aufspielt, billigt diesen gemeinen Schwindel. Er will nur haben, daß er selbst bleibt. Damit ist sein Gewissen beschwichtigt. Seine finsternisse Uebelthat leitet sich Hagen aber in „Siegfrieds Tod“ 2. Akt, 8. Scene. Dort drängt er Siegfried förmlich zu einer zweiten Gemeinheit; er soll mit Hilfe der Tarnkappe die falsche Brunhild auch im Schlafgemach noch einmal für Gunther täuschen. Siegfried fühlt sich zuerst von diesem Vorschlag angewidert, er will nicht, aber Hagen legt ihm so zu, daß er sich schließlich dazu verzieht. Und Hagen fordert nur wieder Verwirrung: dieser Vollblutgermane hält alles für erlaubt, wenn es nur nicht

herauskommt. Und derselbe Hagen, der geistige Urheber des Schurkenreichs, wirt sich später, als die Sache durch Kriemhildens vorlautes Geklapper publik wird, zum Rächer der Ehre Brunhildens auf! Ausgerechnet Hagen, dieser hartgejottene Schubial! Und wie er sich als Schürer des hellen Helden anbietet, bis er die verwundbare Stelle erfährt hat, das soll Treue sein? Und was dünkt uns von einer Auffassung der Treue, die alle Sinnen um Gunther einen falschen Eid schweben lassen würde, bloß um den Hagen vom Nordverbaht zu reinigen? Ist das eine Verherrlichung der Treue? Ist es nicht vielmehr eine Verherrlichung des Verrats? Nein, diese Menschen, deren Gedanken uns im Nibelungenlied noch als naiv und heidnisch enttäuschend dünkt, bringen uns das modern motivierte Drama Hebbels nicht näher. Sie stehen unterer Denkweise weitest fern.

Zu diesen und andern von uns bei der ersten Aufführung besprochenen moralischen Mängeln treten auch harte künstlerische, und die hat die Hebbelbiographin Frau Dr. Schwabe trefflich zusammengestellt. Sie erwähnt, daß Hebbel in dem Stück das Nensliche mit dem Natürliehen verbinden wollte, was ihm nicht gelang. In der Tat weiß man stellenweise nicht, ob man es bei Siegfried oder Brunhild noch mit natürlichen Wesen oder Saggottern zu tun hat. Ein Mensch, der unverwundbar ist, der sich unsichtbar machen, der durch einen Flammenreiter reiten kann, der den andern an Kraft so unangehuer überlegen ist, kommt uns nicht mehr als ein Mensch vor, der mit andern auf gleichem Fuß verkehren kann. Und die weislagende Brunhild, die im Vekla, „wo die alten Götter haufen“, unter Nornen und Valkorien zur Welt kam, ist das ein Weib oder eine Halbgotin? Aber diese Uebermenschliche sankt sich wieder wie ein Wartweib mit Kriemhild vor dem Dom um die Vorsäue ihres Gatten, eine Scene, die mit Vöderlichkeit bis zum Werten geladen ist. Es ist schon so, wie die Biographin laut: „Hebbel erreichte nur das Gegenteil von dem, was er wollte. Die alten Keden und Weiber kommen uns nicht näher, im Gegenteil, die Wiederbrüche, über die wir im Nibelungenlied harmlos hinweggeleit, treten bei ihm ständig hervor! Auch Frau Schwabe findet ferner, daß ein „braver Kede“ ein Zaubermittel wie den Tarnhelm nicht benötigt, daß wir „in dieser Welt nicht warm werden“, daß uns für Kriemhilds Tat das „Gefühl fehlt“. So geht es fort, und die Schreiberin schließt zusammenfassend, daß die „Bearbeitung ein Misgeriff ist“, daß es „als Ganzes verzieht, einzelne Szenen von großer Schönheit“ enthält. Die meisten dieser Szenen, die das Stück überhaupt noch rezeptfähig halten, befinden sich im 5. Akt von „Siegfrieds Tod“. Es sind die Szenen im Denwald, wo Siegfried gemeinhalt wird; dann in Kriemhilds Gemach, wo sie den toten Gatten vor der Tür findet, und im Dom an der Spitze des Helden, es war ganz deutlich zu erkennen, daß das Volksbühnenpublikum, das vor-

ber musterhaft aufmerksam, aber keineswegs bingeriffen war, erst bei diesem 5. Akt eine stärkere innere Anteilnahme freimachte.

Trotzdem was es kein Erlebnis, wie etwa bei „Amnestie“, und das hat uns bestimmt, denjenigen Stimmen Recht zu geben, die aus dem Kreise der Volksbühnenmitglieder sich gegen die Belegung zweier Monate mit Hebbels Nibelungenmonstrum wandten. Die Volksbühne hat andere Aufgaben als die Pflege eines so ausgedehnten zeitlosen Literaturwerks, das uns nichts zu lauen hat. Man kann ja in Hebbel allerhand Absichten und Zwecke hineinterpretieren; bestehen bleibt, was Eduard Engel schreibt, daß sich „ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Dramen und den geschichtlichen Ereignissen des Vaterlandes nur mit gewaltigem Zwangsbrot der Literaturgeschichte herauszwingen läßt. Es gibt für den Proletariat noch andere Werte als dieses. Die praktizierenden Mitarbeiter wissen unteres Dafürhaltens mit Recht auf „Brülle China“ und die „Dreiaroschenoper“ hin, die schon längst fällig wären. Was ein Klassenbewußter und aufgeklärter Arbeiter von der Literatur erwartet, hat im vorigen Jahr am „Tag der Bücher“ ein Hamburger Modelltheater in die klaffenden Worte gebragt: „Irgendwo muß er sein Leben wiederfinden, sein armes serquältes Dasein. Alle geschuldete Not und Freude, alles Sehnen und Hoffen, alles, was er liebt, wird er erst dann erleben, wenn es kein eigenes Leben ist, wenn alles Geleiene auch ihn anecht.“ Was geht aber die Nibelungenade den heutigen Menschen an? Es ist eine Angelegenheit unter Fürsten und Fürstinnen, durch ihre abstruie halbheindische Moral uns so fern gerückt, daß tatsächlich allerhand Misstonifikationen wie Einführungsnoträge dazu gehören, um einer Subertheit wenigstens ein ästhetisches Interesse abzurufen. Die Nibelungen sind ein Erzeugnis eines bürgerlichen Autors, der, wie der Dichter Becker in der „Vinskurze“ schreibt, die „Kunst zu einem harmlosen Gesellschaftspiel degradiert“.

Die Einisierung, ein Meisterstück des Oberbühnenleiters Bau-mach, haben wir in ihrer düstern, altvollen und stimmungsgefülligen Aufmachung bereits gewürdigt. Herr Hiert lieb dem draußgangrigen Naturbuchigen Siegfried frische Farben, Luft und ein königlicher Gunther von vornehmer Haltung; die holdselige Kriemhild des Fr. Schreiner stand in hellem Kontrast zu der dämonischen und grauenerregenden Brunhild der Frau Ermardt, die das Uebermenschliche dieses Niesenweibes ergreifend zu gestalten wußte. Schulze's Hagen war eine tief angelegte und durchdachte Leistung, Herr v. d. Trend gab dem ebrlichen Volker gewinnende Bäte, wie Graf Iernem Gielher. Marie Geners Brigade war vom heidnischen Geißt unheimlich unwirter. Herr Flohbe fand für die kurze Rolle des Karlns den richtigen Ton. Die Vorfellung nach ihrer theatralischen Seite stand auf guter Höhe, und ihr galt auch der Beifall am Schluß. M.

Aus aller Welt

Die Bestattung der Luftschiffopfer

London, 9. Okt. (Eig. Draht.) An den 46 Särgen der Toten der Luftschiffkataklyst von Zeppelin in der Westminsterhalle sind am Freitag nahezu 100 000 Menschen vorbeigezogen. Mittags drängten sich die Massen in und um die St. Pauls-Kathedrale zu einer eindrucksvollen durch Radio übertragenen Totenfeier. In den nordwestlichen Ecken saßen neben MacDonald und seinen beiden Töchtern die Ministerpräsidenten der Ueberseegebiete. Im diplomatischen Corps war Deutschland durch den gegenwärtigen Geschäftsträger Graf Bernstorff und den Botschaftssekretär von Scharpenberg vertreten. Viel beachtet wurde auch die Anwesenheit von Dr. Edeker sowie die der französischen und italienischen Luftfahrtminister, die im Flugzeug herbeigezogen waren. Die Bestattung der Toten erfolgt am Samstag. Die Regierung hat den Beerdigungstag als Nationaltrauertag erklärt.

G 38 in Konstantinopel

Konstantinopel, 10. Okt. Das Großflugzeug Junkers G 38 ist heute nach zweitägigem Aufenthalt in Constanza, wo die Auswechslung eines Zylinderdrehmomenten vorgenommen werden mußte, gegen 1/2 Uhr nachmittags auf dem Flugplatz in St. Stefano eingetroffen.

Die Ueberquerung des Atlantik gelungen

London, 10. Okt. Das Flugzeug „Columbia“ landete nach allfälliger Ueberquerung des Atlantischen Ozeans auf Tresco, einer Insel der Seillys-Gruppe in der englischen Grafschaft Cornwall.

Politischer Mord im Arbeitsnachweis

Hannover, 10. Okt. Heute mittag hatte der arbeitslose unverheiratete Kaufmann Erich Schmidt auf dem hiesigen Arbeitsnachweis den Antrag auf Ueberlassung von ein Paar Schuhen gestellt. Nach Verlassen des betreffenden Dienstzimmers wurde Schmidt im Verbindungsgang zwischen den beiden Gebäuden von einem unbekannten Täter durch einen Schuß in den Mund getötet. Der Mörder ergriff die Flucht und konnte entkommen. Von der Kriminalpolizei sind sofort Nachforschungen aufgenommen worden. Bis jetzt fehlt noch jede Spur von dem Täter. Es scheint, daß die Tat politische Hintergründe hat.

Hannover, 10. Okt. Die Vermutung, daß der Mord an dem arbeitslosen Kaufmann Erich Schmidt, der, wie bereits gemeldet, heute in dem Gebäude des Arbeitsnachweises von einem unbekannten Täter durch einen Schuß in den Mund getötet worden ist, politische Hintergründe hat, scheint sich zu bestätigen. Die bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß Schmidt, der der K. P. D. angehört und nach dem Bombenanschlag auf die Hannoversche Vereinsbank im Prozeß belastete Aussagen machte, von der Partei ausgeschlossen worden war. Die Fahndungen nach dem Täter haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Benzinermäßigung in der Schweiz

Basel, 10. Okt. Der Verband freier Benzinvorimporteure teilt mit, daß er zusammen mit dem Autogewerbe-Schutzbund die Benzinprelle auf Pumpe in der ganzen Schweiz von heute an auf 38 Cents per Liter ermäßigt.

Die Berufsungsverhandlung gegen Redlin

Vor der großen Strafkammer des Landgerichts 3 in Berlin stand die Berufsungsverhandlung gegen den früheren Geschäftsführer des Deutschen Sängerbundes, Gerichtsassessor a. D. Johannes Redlin an. Redlin hatte als Geschäftsführer die Kasse des Deutschen Sängerbundes durch langjährige Veruntreuungen um 900 000 M. geschädigt. Er war nach mehrjähriger Verhandlung im Juni wegen Unterschlagung und Untreue vom Schöffengericht zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei Beginn der heutigen Verhandlung erklärte Redlin, daß er seine Berufung zurückziehe, da sein Gesundheitszustand ihm die Aufregung einer neuen Verhandlung nicht möglich erscheinen lasse. Da die Staatsanwaltschaft keine Berufung einlegte, ist das Urteil somit rechtskräftig geworden. Redlin befindet sich auf freiem Fuß. Das Schöffengericht hatte auf die Strafe die schmonatige Untersuchungshaft des Angeklagten in Anrechnung gebracht und die Frage, ob dem 58jährigen Angeklagten für den Rest der Strafe oder einen Teil derselben Bewährungsfrist zu geben sei, davon abhängig gemacht, daß er zunächst den vom Deutschen Sängerbund geforderten Offenbarungseid leistet. Redlin hatte sich während des ganzen Strafverfahrens geweigert, den Offenbarungseid zu leisten. Es war auch gegen ihn ein Haftbefehl ergangen. Nunmehr hat Redlin vor drei Tagen den Offenbarungseid geleistet und beschworen, daß er nichts mehr bestreite.

Das Hochwasser am Rhein

Andernach, 10. Okt. Ueberausbedauerlich hat das Hochwasser des Rheins, das gestern die hiesigen Ufer nur leicht überflutet hat, heute die Rheinanlagen überschwemmt. Dabei haben die vor wenigen Tagen mit großen Kosten erbauten ausgedehnten Anlagen erheblichen Schaden erlitten. Die Strecke Köln-Koblenz ist kurz vor Andernach ebenfalls überschwemmt. Die Andernacher Fähre ist nur mit Rähnen zu erreichen. In Andernach, Weisenthurm, Brohl und Niederbreisig stehen die Rheinträgen vollständig unter Wasser. Ueberall werden in den Ortshäfen die Keller geräumt. Die Rheinfähren bei Andernach und Weisenthurm liegen bereits im Wasser an; die Zugangsbrücken sind auf den höchsten Punkt geschränkt.

ren mit großen Kosten erbauten ausgedehnten Anlagen erheblichen Schaden erlitten. Die Strecke Köln-Koblenz ist kurz vor Andernach ebenfalls überschwemmt. Die Andernacher Fähre ist nur mit Rähnen zu erreichen. In Andernach, Weisenthurm, Brohl und Niederbreisig stehen die Rheinträgen vollständig unter Wasser. Ueberall werden in den Ortshäfen die Keller geräumt. Die Rheinfähren bei Andernach und Weisenthurm liegen bereits im Wasser an; die Zugangsbrücken sind auf den höchsten Punkt geschränkt.



England-Japanfliegerin

Die englische Pilotin Fran Bruce, die nach einer nur zweimonatigen Flugausbildung von London nach Japan startete, wurde einige Tage vermisst. Nunmehr wird von perfischen Golf mitgeteilt, daß Frau Bruce am Wabaratz-Berg, etwa 60 Kilometer von Diak entfernt, gesund und heil aufgefunden worden ist.

Nationalsozialistischer Angriff auf Polizisten

Köln, 10. Okt. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Freitag kam es hier zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer Schlägerei, in der von beiden Seiten Schüsse abgegeben wurden. Ein Polizeibeamter, der gegen die Razzias vorging, wurde von einem Nationalsozialisten angegriffen und beschossen. Der Polizeibeamte schlug den Angreifer mit seinem Gewehrknäuel zu Boden. Der Nationalsozialist wurde jedoch von seinen Kameraden befreit und in ein nationalsozialistisches Berberschiff verbracht. Dem Ueberfallkommando gelang es, den Revolverbesitzer festzunehmen.

Bedenkliche Genossenschaftsanierung

München, 9. Okt. (Eig. Draht.) Die im Frühjahr erfolgte Sanierung einer bauernbündlerischen Genossenschaft in Regensburg mit Geldern der Preussenschatz hat in der Öffentlichkeit erheblichen Staub aufgewirbelt. Das Wertwirdige dieser Sanierung bestand darin, daß sie in Konkurs geratene Genossenschaft schon vor Jahresfrist vollständig liquidierte und die 180 000 M. der Preussenschatz durch Vermittlung des bayerischen Landwirtschaftsministeriums lediglich an einzelnen Mitgliedern der Genossenschaft als Entschädigung für erlittene Verluste verteilt worden sind. Eine solche Sanierung widerspricht natürlich den Bedingungen, die an die Eingabe von Reichsgeldern zur Sanierung notleidender landwirtschaftlicher Genossenschaften geknüpft sind. Es wird deshalb der Vorwurf erhoben, daß diese Sanierung ein Beispiel für die Verfallung der Korruption habe, da sie unter der Verantwortung des bayerischen Landwirtschaftsministers Dr. Fehr, als der Exponenten des Bauernbundes gemacht wurde. Zur Klärung der ganzen Angelegenheit hat der mit der Verwaltung des verfallenen Landwirtschaftsministeriums betraute Innenminister nunmehr eine Disziplinäruntersuchung eingeleitet.

Gemeingefährliche Verrücktheit

Ins Irrenhaus mit dervart Beseffenen

Offenherzigkeiten eines führenden Satenkreuzers

Während Adolf Hitler die Welt mit Versicherungen über die rein legalen Absichten seines Vorgehens übersättigt und dadurch irre zu führen sucht, hat der Führer seiner Partei in Württemberg, Abg. Professor Wergentin, in einer in Stuttgart gegen das Reichsgerichtsurteil abgehaltenen Professorensammlung seiner Partei das direkte Gegenteil gesagt. Der Sinn seiner Ausführungen war folgender:

„Die deutsche Regierung steht mit beiden Füßen auf dem Boden des Verfallenen Rechts und hat weiterhin den Willen zur Verwirklichung. Es ist selbstverständlich und verdammt Pflicht jedes Offiziers, daß er einen Dreck nach einer derartigen obersten Führungsrats. Die Leute, die auf eigene Faust sich zum Freiheitskämpfer rufen, verdienen es höchstens. Es bleibt auch der Reichswehr die Entscheidung nicht erspart, ob sie weiterhin die Schutzarmee der internationalen Ausbeuter bleiben oder die Schutzarmee für den Freiheitskampf Deutschlands sein wolle. Es ist Pflicht der Nationalsozialisten, die Reichswehr im nationalen Geiste zu beeinflussen und den Ungeist des Herrn Goerner aus der Reichswehr zu verdrängen. Unerhört sei der

Ausspruch eines Leipziger Richters, das Volk sei nicht verpflichtet, nach der Pleite junger Rekruten zu tanzen. Dieser Prozeß habe vielen tausenden Reichswehrangehörigen die Augen geöffnet, daß sie einer Führung Goerners, jenes eckeligen Generals, nicht länger gehorchen dürfen, wenn sie den Weg zu Deutschlands Freiheit wollen. Die erste Forderung, falls die Nationalsozialisten in die Regierung gingen, sei: Fort mit Goerner. Dann vollständige Ueberwindung der Außenpolitik. Keine Tributabgaben mehr, sondern Zerschlagung der Kriegsschuldfrage. Wie werden Mittel und Wege finden, um den Diktaturregeln der schwarzen Internationale des Herrn Brüning entgegenzutreten. Wir Frontsoldaten haben schon größere Schwierigkeiten bestanden. (Zurufe: Brüning aufhängen! Lebhafter Beifall.) Wir haben Beweise dafür, daß Brüning gar nicht die Rettung Deutschlands will und sie auch gar nicht mehr für möglich hält, sondern darauf hinarbeitet, Deutschland in einen bolschewistischen Norden und in einen katholisch beherrschten Süden zu zerlegen.“

Wenn die deutsche Politik in Zukunft auf der Grundlage einer Koalition betrieben werden soll, zu der Nationalsozialisten dieses Kalibers gehören, dann kann man dem deutschen Volke schon heute das herzlichste Beileid aussprechen.

RUNDFUNK

Sendefolge der Süddeutschen Rundfunk A.-G. Stuttgart Welle 379,7 — Freiburg Welle 877

Samstag, 11. Okt.: 6.30 Uhr: Morgengymnastik. 10 Uhr: 12.15 Uhr: 13.30 Uhr: Schulpflicht. 14.30 Uhr: Stunde der Jugend. 16 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.45 Uhr: Sportbericht. 18.05 Uhr: Weltweitverbreitet, ein Hinweis auf die Welttraffik. 18.35 Uhr: Stunde der Arbeit. 19.30 Uhr: Kammermusik. 20 Uhr: Dreiwöchiger Plinius in Grünberg. 21 Uhr: Der Regimentsjäger. 22.30 Uhr: Weitere Länge. 23.30 Uhr: Tanzmusik.

Sonntag, 12. Oktober: 7 bis 8 Uhr: Morgensonnen. 8.15 Uhr: Morgengymnastik. 10.15 Uhr: Chans. Morgens. 11 Uhr: Kammermusik. 1 Uhr: Promenadekonzert. 13 Uhr: Neues Kapitel der Zeit. 13.30 Uhr: Schulpflicht. 14 Uhr: Stunde der Jugend. 15 Uhr: Nachmittagskonzert. 16.30 Uhr: Unsere Heimat. 18.30 Uhr: Vortrag: Der Volk und Nationalität. 19 Uhr: Sport. 19.30 Uhr: Pöbel. 22.15 Uhr: Sportbericht. 22.45 Uhr: Unterhaltungsmusik.

Montag, 13. Oktober: 6.30 Uhr: Morgengymnastik. 10, 12 und 13.30 Uhr: Schulpflicht. 14.45 Uhr: Briefmarken für die Jugend. 16 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.05 Uhr: Das Wirtentum des Lohes. 18.35 Uhr: Stunde der Bühne. 19.30 Uhr: Richter und Verleibter. 20.15 Uhr: Stunde der Kammermusik. 21.50 Uhr: Wäbrä.

Dienstag, 14. Oktober: 6.30 Uhr: Morgengymnastik. 10 und 13 Uhr: Schulpflicht. 12 Uhr: Promenadekonzert. 13.30 Uhr: Freuenstunde. 16 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.05 Uhr: Vortrag: Von deutsch-österreichischer Arbeit in Japan. 19.05 Uhr: Vortrag: Buchstabe und Mensch. 19.30 Uhr: Operettenkonzert. 20.45 Uhr: Beliebte Operetten. 21.30 Uhr: Ferruccio Busoni. 23 Uhr: Nachkonzert.

Mittwoch, 15. Oktober: 6.30 Uhr: Morgengymnastik. 10 und 13 Uhr: Schulpflicht. 12 Uhr: Promenadekonzert. 15 Uhr: Abendstunde. 16 Uhr: Nachmittagskonzert. 18.05 Uhr: Vortrag: Die Dichterschule. 18.35 Uhr: Physiologie des menschlichen Gehirns. 19.05 Uhr: Vortrag: Mensch und Mensch im Morgenlande. 19.30 Uhr: Nummernspiel. 21 Uhr: Italienischer Abend.

Donnerstag, 16. Oktober: Morgengymnastik. 10, 12 und 13 Uhr: Schulpflicht. 15 Uhr: Stunde der Jugend. 16 Uhr: Nachmittagskonzert. 18 Uhr: Vortrag: Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft. 18.35 Uhr: Bericht über die Frauen im Handwerber. 19.30 Uhr: Besuch im Bürgerhospital. 20 Uhr: Wiederabend. 20.45 Uhr: Kantaten im Bremer Musikverein. 21.30 Uhr: Unterhaltungsmusik. 22.30 Uhr: Verkauf drahtlosen internationalen Programmankündigungen.

Freitag, 17. Oktober: 6.30 Uhr: Morgengymnastik. 10, 12.15 und 13.15 Uhr: Schulpflicht. 14 Uhr: Konzert. 18 Uhr: Schöne und gute Zugestellen. 18.35 Uhr: Vortrag. 19.05 Uhr: Gibt es Anhaltspunkte zur Feststellung von Studienbegabungen? 19.30 Uhr: Der Tenor der Persepolis. 22.30 Uhr: Sportbericht. 23 Uhr: Schweizer Jodel.

Sonntag, 18. Oktober: 6.30 Uhr: Morgengymnastik. 10, 12.15 und 13.30 Uhr: Schulpflicht. 14.30 Uhr: Stunde der Jugend. 15.30 Uhr: Schulpflichtkonzert. 16 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.45 Uhr: Sportbericht. 18.05 Uhr: Film Dmow stellt aus eigenen Schriften. 18.30 Uhr: Stunde der Arbeit. 19.15 Uhr: Einführung in das zweite Buch und Montagskonzert. 19.30 Uhr: Die Instrumente des Orchesters. 20 Uhr: Robert-Robert. 21 Uhr: Der erste Zahn. 23 Uhr: Tanzmusik.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei
Auf die heute abend 8 Uhr im 2. Stock der Festhalle stattfindende Mitgliederversammlung, in der die Kandidaten zum Bürgerauschuss aufgestellt werden, sowie Bericht von der Kreiskonferenz ersätet wird, seien die Genossinnen und Genossen von Durlach und Umgegend besonders aufmerksam gemacht.

Kot- und Jungfalten. Wir treffen uns alle am Montag nachmittags 5 Uhr im Heim. Mündlich weiterzuerleben. — Helfer: Kantas abend 8 Uhr. Sitzung Kuerststraße 20.

Vortrag. Am Samstag, 18. Oktober, abends halb 8 Uhr, findet im hiesigen Vortragsaal ein Vortrag statt über das Thema: „Das Kinderkreuzen-Bestattung Schweiz in Wort und Bild.“ — Ein Parteigenosse, Gewerkschaftsmitglied, hält den Abend für diese Veranstaltung frei.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Kinderfreunde
Beststadt, Jungfalten: Unsere heutige Fahrt kann leider nicht stattfinden.
Südstadt, Note und Jungfalten: Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Zwandebaum eine Werbe-Veranstaltung. Es werden lustige Lichtbilder vorgeführt. Bringt noch viele Arbeiter mit.
Wir bitten die Damen der anderen Bezirke am Sonntag nicht zu uns zu kommen, da nicht alle Platz haben. Wir kommen so mit den gleichen Lichtbildern auch zu euch.
Falken-Partei am 1. Untere Sitzung am 19. findet nicht um 9 Uhr morgens, sondern um 10 Uhr statt.

Badisches Landes-theater Karlsruhe
Spielplan vom 11. bis 20. Oktober 1930:
Am Landestheater: Samstag, 11. Okt. *G 4. 2. Ab-Gen. 1. E.-St. und 1301—1350. Die Prinzessin von der Einsiedel. Lustspiel von Engel und Grünwald. 17—22 Uhr (5.—). — Sonntag, 12. Okt. *G 4. 1. Ab-Gen. 1. Der Ring des Nibelungen. Erster Tag: Die Walküre. Von Wagner. 18—22½ Uhr (8.—). — Montag, 13. Okt. Vorkühnne: Operenvorstellung: Die Nibelungen 1. und 2. Abteilung. Trauerspiel von Heibel. 19½ bis gegen 22½ Uhr (5.—). Der 4. Ring ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. — Dienstag, 14. Okt. *A 4. 2. Ab-Gen. 3. E.-St. 1. und 2. Ab-Gen. Der letzte Krieg. Operette von Johann Strauß. 20—23 Uhr (7.—). — Mittwoch, 15. Okt. *E 4. 2. Ab-Gen. 2. E.-St. und 101—200. Die Prinzessin von der Einsiedel. Lustspiel von Engel und Grünwald. 20—22½ Uhr (5.—). — Donnerstag, 16. Okt. *D 4. (Donnerstagabend). Neu einstudiert: Der Ring des Nibelungen. Zweiter Tag: Die Walküre. Von Wagner. 18 bis nach 22 Uhr (8.—). — Freitag, 17. Okt. Neue Vorstellungen. — Samstag, 18. Okt. *B 5. 2. Ab-Gen. 100 und 301—400. Scherz, Satire, Ironie und tiefer Bedeutung. Lustspiel von Grabbe. 20—22½ Uhr (5.—). — Sonntag, 19. Okt. *C 4. Neu einstudiert: Der Ring des Nibelungen. Dritter Tag: Gotterdämmerung. Von Wagner. 17—22 Uhr (8.—). — Montag, 20. Okt. Vorkühnne: Operenvorstellung: Die Nibelungen 1. und 2. Abteilung. Trauerspiel von Heibel. 19½ bis gegen 22½ Uhr (5.—). Der 4. Ring ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Am Südstädtischen Konzerthaus: Sonntag, 12. Okt. * Wenn kommt du wieder? Lustspiel von Wandam. 19½ bis gegen 22 Uhr (3.—). — Sonntag, 19. Okt. * Wenn kommt du wieder? Lustspiel von Wandam. 19½ bis gegen 22 Uhr (3.—).
Auswärtiges Gastspiel: Donnerstag, 16. Okt. Im Zandau: Musiksp.

3

Fig. Roth-Hände 3 Fig.

Cigaretten — in altbewährter Qualität!

Kleine bad. Chronik

Zum Heidelberg Wohnungsbaustand

Heidelberg, 10. Okt. In der bekannten Angelegenheit der Heidelberger Wohnungsbau-Gesellschaft, die unter großer Schuldensumme zusammengebrochen ist, werden jetzt zwei Neugründungen des Rechtsanwalts Ludwig Müller bekannt, die er in Berlin vollzogen hat. Eine dieser Neugründungen war die „Keno“-Filmgesellschaft, die mit einem Kapital von 50 000 M im April ds. Js. in Berlin handelsgerichtlich eingetragen wurde. Das Kapital dazu hatte Müller zur Verfügung gestellt, und zwar 7000 M hat und den Rest in einem Scheck, der sich dann aber als ungedeckt erweist. Die beiden Direktoren der Filmgesellschaft nahmen an diesem Umstand keinen Anstoß und waren später mit einem Wechsel über 45 000 M als Erlös zufrieden. Dieser Wechsel war ausgestellt von der Heidelberger Wohnungsbau-Gesellschaft und akzeptiert vom Institut der Armen Schulschwestern in Speyer. Die Filmgesellschaft kam dann bald in Zahlungsschwierigkeiten. Außerdem stellte sich heraus, daß das aus dem Wechsel eingegangene Geld nicht auf das Konto der Gesellschaft, sondern auf das Privatkonto einer der Geschäftsführer übertragen worden war und inzwischen eine ganz andere Bestimmung erhalten hatte.

Schwefel in Oberbaden

Freiburg i. Br., 10. Okt. Da die seit einigen Tagen mit kurzen Unterbrechungen anhaltenden Regenfälle im Laufe der Nacht wieder aufhoben, führen die Schwarzwaldflüsse, wie Kinzig, Dreilahn, Miese und Murg dem Oberbadener beträchtliche Wassermengen zu. Der Zustrom wird auch weiterhin anhalten, da auf den Höhen und beim Abfluß Wasserflutungen und damit nicht unbeträchtliche Ueberschwemmungen im Hochschwarzwald sich ergeben haben. Der Oberbadener ist in den letzten Tagen um 120 Meter gesunken. Die Sturmwelle dürfte morgen das Strombett bei Rehl erreicht haben.

Laubersheim. Mit Dynamit hat sich am zweiten Kirchweihfest der 24jährige Landwirt Karl Lande von Unteraltersheim in die Luft gesprengt. Er wurde seit dieser Zeit vermisst. Schlecht fanden ihn Arbeiter in einem Steinbruch. Der total verletzete Körper ließ sofort darauf schließen, daß Lande mittels Dynamit Selbstmord verübt hatte. Der Grund ist unbekannt.

Florsheim. In der Kaiser-Friedrich-Straße verjuchte ein älterer verheirateter Heimarbeiter sich durch Einnehmen von Schwefelsäure das Leben zu nehmen. Man brachte den Mann, der starke Schmerzen litt, nach dem Krankenhause, doch gelang es nicht, ihn am Leben zu erhalten. Er starb erst nach einigen Stunden.

Reichenbach bei Gengenbach. Der Müller Karl Späth wollte in seiner Mühle mit dem Fabrikstuhl vom oberen Stock nach unten fahren. Weil der Fabrikstuhl nicht gleich funktionierte, sprang Späth mit einem kräftigen Sprung darauf. Darauf riß das Seil und der Fabrikstuhl jagte blitzschnell in die Tiefe. Durch den heftigen Aufschlag wurde Späth herausgeschleudert und blieb bewußtlos mit einer klaffenden Kopfverletzung liegen.

Krotzingen. Auf der Landstraße amischen Heitersheim und Krotzingen, wo der „Schraie Weg“ nach Offnadingen abzweigt, ereignete sich Donnerstag nachmittags gegen 6 Uhr wiederum ein Autos Unfall. Ein von Krotzingen kommender Pkw-Fahrer einer Kenderer Holzfirma kam an der berüchtigten Stelle ins Schleudern und drehte sich zweimal um die eigene Achse und prallte gegen einen Baum. Der Führer des Wagens, sein Beifahrer, sowie zwei mitfahrende Handwerksburschen wurden auf das Feld geschleudert. Die beiden Handwerksburschen fanden Aufnahme in der Chirurgen-

Klinik in Freiburg, während der Führer und der Beifahrer mit leichteren Verletzungen davonkamen.

Mannheim. Die Spiegelmanufaktur Waldhof, die zum französischen Glaskonzern gehört, hat vorläufig einen Teil der im vergangenen Jahr angekauften Erbschaften, die im Jahre 1929 die Abteilung Fensterglas hier aufkaufen und die Produktion auf das Konzernwerk Stollberg im Rheinland zu übertragen. Diese Abteilung ist zur Zeit nur mäßig beschäftigt, sie arbeitet, je nach Bedarf, drei bis fünf Tage. Hier verbleiben soll die Abteilung, die dünnes Gubalglas fabriziert, sie ist voll beschäftigt. Das ganze Werk beschäftigt hier 350-400 Arbeiter, von der Teilzeitarbeit mürden 150 evtl. noch mehr Arbeiter betroffen. Die Entscheidung ist noch nicht definitiv.

Aus dem Gerichtssaal

Ein gemeiner Betrüger

Ein Konkurrent Hugo Bergens, der vor einiger Zeit von der Mannheimer Großen Strafkammer wegen Ausnutzung Erwerbslosen durch willkürlich falsche Erwerbsangebote zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 25 000 RM Geldstrafe verurteilt worden war, stand in dem 66jährigen verheirateten Kaufmann H. Ketter aus Sulzbach (Saar) vor dem erweiterten Schöffengericht Mannheim. Nachdem er sich auf verschiedenen Gebieten ergebnislos betätigt hatte, gab er zuletzt folgenden Inhalts auf: Täglich bis zu 26 RM können Sie durch Heimerbeit verdienen“ u. s. w. Als Anreiz wurde den zahlreichen Interessenten, die sich aus Erwerbslosenkreisen rekrutierten, ein Prospekt, ein sog. „Erwerbslosenhefter“, übersandt, der die Interessenten 3.20 RM kostete. Bei dem Erwerbslosenhefter handelt es sich um aus den Zeitungen geschnittene Inserate, die, längst verfallen, von Firmen stammten, die nicht mehr existierten. Die durch Ketter auf diese Art Geworbenen erreichte die Zahl 16 000. Keters Einnahmen betragen nach diesem Konzept monatlich durchschnittlich 1200 RM. Das Gericht kam in Anbetracht der Tatsache, daß sich der Betrüger auf Kosten armer Erwerbsloser seine Lage verschaffte, zu dem immerhin milden Urteil von zehn Monaten Gefängnis bei Anrechnung von fünf Monaten der erlassenen Unterlassungsbefehle.

Brandstifter

Das Schwurgericht in Konstanz verurteilte den 46 Jahre alten verheirateten Landwirt Wilhelm Böhler aus Steiblingen wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu 4 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Böhler hatte am 26. August 1929 sein Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Steiblingen vorsätzlich in Brand gesetzt. Der Angeklagte war bereits am 16. September ds. Js. vom Schöffengericht Konstanz wegen Blutschande mit seiner Tochter zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenverlust verurteilt worden.

Böhrer verurteilte das Schwurgericht Konstanz den 51 Jahre alten verheirateten Gärtner Franz Kader Weber aus Bodman, wohnhaft in Leberlingen, wegen Brandstiftung zu zwei Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Unterlassungsbefehle. Weber hatte am 1. Juni ds. Js. das seiner Frau gehörige Anwesen in Brand gesetzt. Wohn- und Wirtschaftsgebäude brannten vollständig nieder. Der Angeklagte, der in Trunkenheit gehandelt haben will, wollte sich an seiner Frau, die ihn sofort behandelte, rächen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Voraussehbare Witterung für Sonntag, den 12. Oktober: Volkig, zeitweise leichter Regen und milde, lebhaft Südwinde.

Letzte Nachrichten

Düsterberg verurteilt

Magdeburg, 11. Okt. (Funkdienst) Die kleine Strafkammer Magdeburg verurteilte am Freitag den zweiten Bundesvorsitzenden des Stahlwerks Düsterberg wegen Beleidigung mehrerer Reichsbannerführer zu 200 M Geldstrafe. Düsterberg hatte den betreffenden Personen Charakterlosigkeit und ähnliche Dinge vorgeworfen. Das Urteil der ersten Instanz gegen ihn lautete auf 100 M Geldstrafe.

Schachzüge der Volkspartei

Berlin, 11. Okt. (Funkdienst) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich am Freitag in einer mehrstündigen Sitzung mit dem Finanzprogramm der Regierung. Das Ziel der Verhandlungen der Volkspartei scheint in erster Linie darauf hinauszuweisen, daß die in der Regierung vertretenen Parteien dem Reichsanwalt empfehlen wollen, bei den Nationalsozialisten und den Sozialdemokraten anzufragen, ob sie die verantwortliche Führung der Reichspolitik übernehmen wollen. Sollten sie sich ablehnend verhalten, dann will die Volkspartei, ähnlich, wie das andere Gruppen der Regierungsparteien wollen, die das Kabinett nur ungen auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen wissen, daraus entnehmen, daß das Kabinett Brüning die einzige mögliche Kombination ist und infolgedessen unterstützt werden müsse. Er ist nur die Frage, ob sich der Reichsanwalt zu diesen von einzelnen Gruppen seiner Regierung beabsichtigten Verfahren freizulassen lassen wird.

Keine Einigung zwischen Nationalsozialisten und Heimwehr

Wien, 10. Okt. Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei veröffentlicht eine Mitteilung, derzufolge die Verhandlungen zwischen den Heimwehren und den österreichischen Nationalsozialisten betreffend die Aufstellung einer gemeinsamen Wahlliste scheiterten.



Sonntag, 12. Oktober: Jung- und Altkameraden beteiligen sich am Ausmarsch des Spielmannszuges. Treffpunkt halb 8 Uhr vormittags Linkeheimer Tor (Dienstanzug).

Wasserstand des Rheins

Basel 297, gest. 127; Waldshut 436, gest. 32; Schaffhausen 357, gest. 105; Rehl 425, gest. 69; Maxau 608, gest. 4; Mannheim 570, gest. 7 Stm.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe
Freie Turnerschaft. Heute abend 8 Uhr Zusammenkunft im Vereinshaus. — Schlußtag. 6503
Freie Turnerschaft, Jugend. Jugendwanderung nach Moosbrunn fällt aus, da Herr Dr. Kohn verhindert ist den angedeuteten Vortrag zu halten. 6510
Ortsausflug des VDKV. Karlsruhe-Durlach-Etlingen. Montag, 13. Oktober, abends halb 8 Uhr, im Volkshaus „Delegiertenversammlung“. Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt das Erscheinen sämtlicher Delegierten. 6445
Der Vorstand des Volksbaus. Treffpunkt Schloßhof, Abmarsch 2 Uhr. Die Aktivität und Passivität sind zu zahlreicher Teilnahme freudlichst eingeladen. 6542

Henkel hat es wahr gemacht!

Persil ist billiger geworden!

Jetzt, Hausfrauen, nutzt den Vorteil aus! Die Persilwäsche im Haushalt war immer am billigsten, der neue herabgesetzte Preis erhöht ihre Überlegenheit noch mehr! Und daneben haben Sie die großen allgemeinen Vorzüge der Persilwäsche: nur einmaliges kurzes Kochen der Wäsche, ohne Reiben, ohne umständliche Handarbeit, ohne Extrablöße! Das sind Gewinne, die in die Zeit passen! Millionen Hausfrauen in aller Welt waschen heute nur noch mit Persil. Machen auch Sie sich seine unvergleichlichen Vorteile ganz zunutze: nehmen auch Sie für alle Wäsche nur Persil!

Persil bleibt Persil

Neuer Preis: Normalpaket 40 Pfg., Doppelpaket 75 Pfg.

Achten Sie immer auf die Originalpackung mit dem Namen Henkel im roten Felde!

Sparzamere Verwaltung

Ersparnismöglichkeiten in der badischen Staatsverwaltung

Von Oberregierungsrat Dr. Lehmann, a. St. Berlin

Nach den Ausführungen des badischen Finanzministers in der Landtags-Sitzung vom 14. Januar 1930 hat das Staatsministerium seinerseits beschlossen, eine unabhängige Kommission von badischen Sachverständigen als Sparkommission einzusetzen. Diese Sparkommission hat die Aufgabe, an Hand der vorliegenden Reichsfinanzstatistik, auf Grund der Vorarbeiten der Ministerien sowie des sonst zu beschaffenden Materials zu prüfen, auf welche Ursachen es zurückzuführen ist, daß die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Baden für Land, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt wie auf einzelnen Gebieten höher sind wie die des Nachbarlandes Württemberg. Die Sparkommission soll gleichzeitig Vorschläge zu Sparmaßnahmen organisatorischer wie personeller Art zur Vereinfachung etwa bestehender unbenutzter Mehrausgaben machen. Nach der Begründung zu Artikel 1 des Finanzgesetzes wird aus den Vorschlägen der Sparkommission etwa vom zweiten Rechnungsjahr an eine gewisse Einsparung bei den Ausgaben erhofft.

Ueber die Arbeiten der Sparkommission ist bis jetzt, 3/4 Jahre nach ihrer Einberufung noch nichts weiter verlautbart worden. Es sei daher gestattet, vom Standpunkt des Beamten, der jahrelang im praktischen badischen Verwaltungsdienst gestanden hat, einiges zu der Frage der Einsparungen im badischen Staatshaushalt zu sagen. Wenn durch die nachstehenden Ausführungen die Diskussion über den ganzen Fragenkomplex vielleicht schon jetzt in Fluß gebracht werden könnte, so würde das dem Austrufen der Reformmaßnahmen nur förderlich sein. Badens Finanzlage ist ja auch immerhin noch so, daß die einzuleitenden Reformen nicht in einem zu sozialen Härten führenden Tempo durchgeführt zu werden brauchen.

Starke Verkleinerung des Landtags

Beim Studium des badischen Voranschlags stößt man naturgemäß als erste Position auf diejenige des badischen Landtags. Die Landtagsabgeordneten werden nach § 25 der Verfassung nach den Grundzügen der Verhältniswahl in 22 Wahlkreisen gewählt: jede Partei oder Wählergruppe erhält auf je 10 000 der für ihren Wahlkreis abgegebenen Stimmen einen Abgeordneten. Die Zahl der Abgeordneten ist bei diesem automatischen System von der Stärke der Wahlberechtigten abhängig. Dies hat bei der letzten Wahl zu der jetzigen Zahl von 88 Abgeordneten geführt. Der persönliche und sachliche Aufwand ist jährlich mit 700 000 M. zu veranschlagen. Die Aufwendungen vor dem Kriege haben 1 630 000 M. betragen; während die politische Bedeutung des Landtags nach dem Kriege allmählich zurückgegangen ist, haben sich die Aufwendungen vervielfacht. Ersparnisse erscheinen hier durchaus möglich. Bezieht man von ständigen Ausschüssen des Landtags den Geschäftsausgang mit 7, die übrigen drei (Haushalts-, Rechtspflege- und Gehaltsauschüsse) mit je 13 Abgeordneten, und zwar in der Weise, daß jeder Abgeordnete nur je einem Ausschuss angehört, so kommt man auf eine Zahl von 46 Abgeordneten. Eine Verringerung des Wahlsystems, die zu einer festen Zahl von etwa 50 Abgeordneten führen würde, bräuhle allein schon an diesem Posten des Staatshaushalts eine Ersparnis von über 200 000 M. Im Landtag 1925/26 ist es ja auch mit 72 Abgeordneten gegangen, die regere Stimmabgabe bei der letzten Wahl im Jahre 1929 hat eine automatische Zunahme des Landtags um 16 Abgeordnete zur Folge gehabt. Es kann aber doch gar nicht geleugnet werden, daß die Wahlberechtigten überwiegend nur am prozentualen Anteil ihrer Partei an der Abgeordnetenzahl interessiert sind.

Verständlich ist man, daß der Landtag trotz aller von ihm entfalteten Betriebsamkeit oft Monate lang nicht zusammen ist, so scheint das Büro des Landtags mit 15 Beamten und 12 nichtbeamteten Hilfskräften sehr reichlich besetzt. Wenn für die Landtagsverwaltung in Preußen nur 6 Pfa., in Bayern nur 5 Pfa., auf den Kopf der Wohnbevölkerung entfallen, so ist nicht ohne weiteres klar, warum in Baden für den gleichen Zweck pro Kopf der Wohnbevölkerung 11 Pfa. aufgebracht werden müssen.

Der teure Betrieb des Staatsministeriums

Wie stark der Ausdehnungsdrang des Behördenapparates ist, kann man melancholisch auch am Voranschlag des Büros des Staatsministeriums konstatieren, das uns zu etwa 160 000 M. kostet und 17 Beamten und Anestellte beschäftigt. Dabei bestimmt das Gesetz vom 2. April 1919 über die Einrichtung der Ministerien lediglich, daß die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten sowie die mit dem Vorort im Staatsministerium verbundenen Geschäfte in einer besonderen Ministerialabteilung, nicht etwa in einem besonderen Ministerium, erledigt werden, die demjenigen Ministerium beigegeben wird, das der Staatspräsident verwaltet. Wie liegen aber die Dinge in der Praxis? Das Staatsministerium ist für seine Leitung zur Zentralisation der Geschäfte bekannt. So läuft denn ein ziemlich großer Teil aller staatlichen Verwaltungsgeschäfte, angefangen von den Gratulationen zu goldenen Hochzeiten bis zum Verkehr mit dem Reich und den anderen Ländern, durch diese Behörde. Ganz allgemein werden die Ministerien von Einzelgeschäften, die durch ihre untergeordneten Behörden erledigt werden können, entlastet werden müssen. Um so mehr wird sich dann aber das Staatsministerium auf die Funktion der politischen Direktion beschränken können.

Ist noch ein Rechnungshof nötig?

Sichtlich der Notwendigkeit eines besonderen badischen Rechnungshofes, der jährlich über 300 000 M. Aufwand verursacht, ist besondere Skepsis angebracht. Er übt ohnehin nur die sogenannte Überwachung aus, da die Vorprüfung der Rechnungen über alle Einnahmen und Ausgaben des badischen Landes durch die sehr stark ausgebauten Rechnungsabteilungen der Ministerien erfolgt. Auch derjenige, der an der Eigenständigkeit von Baden auf die stärkste interessiert ist, wird zugeben müssen, daß es kein Verrat an den „badischen Belangen“ wäre, wenn die Aufgaben des badischen Rechnungshofes dem Rechnungshof des Reiches übertragen würde. Das würde auch zu einer wünschenswerten Vereinfachung der Buchführung und Rechnungslegung im Reichsmathematik beitragen.

Die überflüssigen Landeskommissare

Betrachtet man den Voranschlag des Ministeriums des Innern, so fällt einem schon auf den ersten Seiten die Position „Landeskommissare“ auf mit einem Aufwand von 189 400 M. Man wird in anderen Ländern vergeblich nach einer analogen Einrichtung suchen. Und schon dieser Umstand sollte auch dem hartnäckigen Vertreter badischer Eigenständigkeit Anlaß genug zur Prüfung der Frage sein, ob nicht hier eine tragbare Möglichkeit zur Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung gegeben ist. Denn darüber wird man sich im Jahre 1930 doch wohl keiner Täuschung mehr hingeben dürfen, daß eine gegenwärtige Angleichung der Verwaltungsorganisation der deutschen Länder dringend geboten ist. Man darf es dann allerdings nicht so machen, wie die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, die ständig nach der Verwaltungsreform rufen, jeden Plan der Aufhebung auch nur der kleinsten Behörde aber sofort mit dringenden Vorstellungen bei den Ministerien beantworten, daß diese geplante Maßnahme die örtliche Wirtschaft gefährde, daß von ihr abgesehen werden müsse!

Was ist nun die Aufgabe der Landeskommissare? Das ehrwürdige Gesetz über die Organisation der inneren Verwaltung vom 5. Oktober 1863 und seine Vollzugsbestimmungen charakterisieren die Landeskommissare als Beauftragte des Ministeriums des Innern mit auswärtigem Wohnsitz. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Staatsaufsicht über die Städte, die sie teils allein, teils in Verbindung mit einem Beirat ausüben. Die räumliche Gestaltung der Landeskommissariate führt aber hierbei zu einer mangelhaften Auslastung der Geschäfte; so übt der Landeskommissar in Konstanz die Staatsaufsicht über nur 2 Städte (Konstanz und Balingen), derjenige in Freiburg über 4 Städte (Freiburg, Lörrach, Offenburg, Lahr) aus, während alle übrigen Städte sich in den Landeskommissariatsbezirken Mannheim und Karlsruhe befinden. Diese Staatsaufsicht über die Städte könnte zwischen Bezirksämtern und Ministerium des Innern in zweckmäßiger Weise verteilt werden, bräuhle also der Aufhebung der Landeskommissare nicht im Wege zu stehen.

Ebenso wenig die weitere, jetzt noch eine erhebliche Geschäftsbelastung bringende Entscheidungsbefugnis der Landeskommissare über Beschwerden gegen polizeiliche Strafverfügungen. Diese Verwaltungsbeschwerden sind überhaupt nicht populär, der Beiratsbescheid lieber den Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten. Die Schöffen sind im Volk bedeutend bekannter und populärer als der Landeskommissar. Dementsprechend kann die Verwaltungsbeschwerden gegen polizeiliche Strafverfügungen überhaupt abgeschafft und der Rechtschutz gegen ungerichtliche Uebertretungsstrafen den ordentlichen Gerichten allein anvertraut werden, die den Behörden der inneren Staatsverwaltung völlig unbefangene und selbständig gegenüberstehen.

Es kann nicht Aufgabe eines Zeitungsartikels sein, auf alle Einzelheiten näher einzugehen. Aus den vorstehenden Ausführungen dürfte sich aber schon das ergeben, daß ein Uebergang zum „Zwei-Instanzen-System“ auch in Baden möglich ist, daß sich auch die unteren staatlichen Verwaltungsbehörden und die Ministerien keine Mittelinstanz einschließen braucht.

Beseitigung des Verwaltungsgerichtshofes

Der badische Verwaltungsgerichtshof mit über 100 000 M. jährlichem Aufwand ist in dem Augenblick entbehrlich, in dem das Reichsverwaltungsgericht ins Leben tritt. Der Entwurf eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht steht nämlich vor, daß auf Antrag einer Landesregierung der Reichsminister des Innern das Reichsverwaltungsgericht als oberste Spruchbehörde auch für solche Streitigkeiten Verwaltungsgegenstände, die zur Zuständigkeit der Landesverwaltungsbehörden gehören, bestimmen kann. Sobald diese Möglichkeit gegeben ist, sollte Baden auch im Interesse einer Vereinfachung der Rechtsprechung im Reichsmathematik den Gebrauch machen.

Das entbehrliche Landesversicherungsamt

Sofort entbehrlich ist das Landesversicherungsamt. Nur noch Bayern und Sachsen haben ebenfalls Landesversicherungsämter, alle übrigen Länder, auch das große Preußen, sind mit dem Reichsversicherungsamt zufrieden. Warum dann nicht auch das kleine Baden? Ebenso wäre zu erwägen, ob nicht das Oberversicherungsamt Freiburg aufgehoben und in eine auswärtige Spruchkammer des Oberversicherungsamtes Karlsruhe umgewandelt werden könnte.

Polizei und Gendarmerie

Eine ganz kolossale Steigerung des Aufwandes, von 3 1/2 Millionen im Jahre 1913/14 auf über 21 Millionen im Staatsvoranschlag 1930, ist bei Polizei und Gendarmerie zu verzeichnen; das Reich trägt hiervon nur 7,2 Millionen. Während vor dem Kriege 1600 Staatspolizei- und Gendarmeriebeamte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausreichten, sind jetzt über 4857 Beamte erforderlich, davon nicht weniger als fast 350 Chargierte vom Kommissar aufwärts bis zum Polizei- und Gendarmerieobersten. Gewiß ist zu berücksichtigen, daß die nach dem Kriege eingetretenen Verhältnisse zu einer Vermehrung der Polizei amogen, und daß durch den Realisierungsvertrag die Unterstützung der Polizei durch militärische Hilfskräfte in der den größten Teil Badens umfassen 50 Kilometerzone ausgeschlossen wurde. Ob man aber nicht doch bei der Vermehrung der Polizeibeamteten den Guten etwas zuziel getan hat? In dem Geschäftsbericht 1923/24 des Ministeriums des Innern findet sich der nachdenkliche Satz: „An eine Verminderung der Polizeibeamten wird später wieder zu denken sein.“ Dieses Versprechen ist noch einzulösen. Auch unter den heutigen Umständen der Verhältnisse, die eine starke Volkseingicht dringend geboten erscheinen läßt, sind manche Ersparnismöglichkeiten gegeben. So leistete sich das kleine Land Baden aus historischen Gründen zwei Kriminalpolizeibehörden, die eigentlich Kriminalpolizei und daneben die Fahndungspolizei, deren Zuständigkeitsbereich sich ganz wesentlich überschneiden, teilweise sogar völlig decken. Die Kriminalpolizei untersteht der Staatsanwaltschaft, eine in Anlehnung an die französische Institution der „police judiciaire“ entstandene Behörde, die man im übrigen Deutschland vergeblich suchen würde, warum dann also an dieser kostspieligen badischen Behörde festhalten? Die jetzige Regelung führt dazu, daß in den Städten mit Fahndungs- und Kriminalpolizei bei insgesamt rund 700 000 Einwohnern schon auf 1850 Einwohner ein Kriminalbeamter entfällt. Diese Verhältnisse werden nur noch von Berlin unterboten, wo auf zirka 1700 Einwohner ein Kriminalbeamter entfällt. Ja, sind denn im badischen „Mittelrheintal“ die kriminalpolizeilichen Zustände wirklich schon derart wie in Berlin? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Würde man sich endlich entschließen, die Organisation der Kriminalpolizei derjenigen aller übrigen deutschen Länder anzugleichen, so könnten durch Veranschlagung mit der Fahndungspolizei etwa 150 Beamte mit 600 000 M. Beibehaltungsaufwand für andere polizeiliche Zwecke verfügbar gemacht werden, es würde erst auf etwa 3000 Einwohner ein Kriminalbeamter entfallen, was eine vernünftige und vertretbare Relation wäre. Man möchte nur wünschen, daß der badische Landtag sich bald zu entsprechenden Maßnahmen entschließen könnte.

Landeskriminalpolizeiamt

Bei dem abotenen Zwang der Sparsamkeit wird man sich fragen müssen, ob sich ein kleines Landchen mit 2,3 Millionen Einwohnern weiterhin ein eigenes Landeskriminalpolizeiamt mit über 150 000 M. jährlichem Aufwand leisten kann. Nach feststehenden Erfahrungen haben Landeskriminalpolizeiamter nur dann rechten Nutzen und Wirkungsmöglichkeit, wenn sie ein Gebiet von mindestens 7-8 Millionen Einwohnern umfassen. Wegen ihres besonderen physischen und wirtschaftlichen Zusammenhanges sind Baden und Württemberg zu einem Landesarbeitsamtsbezirk zusammengeschlossen worden. Warum sollte dann nicht auch für beide Länder ein gemeinsames Landeskriminalpolizeiamt in Stuttgart möglich sein? Solange das badische Landeskriminalpolizeiamt, wie bei der jetzigen Organisation, nur auf Erträgen der Staatsanwaltschaft in der Exekutive tätig werden kann, frant es überhaupt daran, daß gezielte Strafverfolgungsbedingungen fehlen.

Im Polizeiverwaltungsdienst

fällt u. a. die Position: „6 Rechnungsrate als Leiter von Polizeikassen“ auf. Es kann aber nicht als gerechtfertigt angesehen werden eine besondere Kasse an jedem größeren Polizeistandort zu unterhalten. Nach dem Vorbild der badischen Landespolizeikasse dürfte eine Landespolizeikasse genügen, um allen Zahlungsverkehr der Polizei zu erleichtern, auch soweit Zahlungen in den anderen Orten erfolgen. Auf dem Gebiete des Kassenwesens hat der Reformpartikularismus überhaupt zu manchen Auswüchsen geführt. Polizeikassen, Justizkassen, Polizeikassen bestehen jetzt nebeneinander. Eine Zusammenfassung zu Einheitskassen würde ganz erhebliche Ersparnisse bringen, abgesehen von der Möglichkeit besserer technischer Ausrüstung dieser Einheitskassen.

Wohlfahrtspflege

Wendet man sich der Wohlfahrtspflege zu, so fällt einem sofort auf, daß sich das Landesjugendamt beim Justizministerium befindet, der Landesfürsorgeverband beim Ministerium des Innern, die sozialpädagogische Aufgabe der Jugendwohlfahrtspflege und die wirtschaftliche Versorgung Hilfsbedürftiger sind also auseinandergerissen und auf zwei Ministerien verteilt. Und warum nicht zweckmäßiger, in Deutschland einstudierte Zustand? Weil das Gesetz vom 11. Juli 1918 - Sorgen muß die damalige badische Regierung im Juli 1918 gehabt haben - das Fürsorgeerziehungsgesetz dem Justizministerium zugewiesen worden ist. Das ist aber fast haltbarer Grund, auf die Dauer zusammengehörige Gebiete als gemeiner Fürsorgeerziehung verbunden zu werden, zumal sie in den unteren Instanzen, den Bezirksfürsorgeverbänden, ja auch vereint sind. Die Zusammenfassung von Landesfürsorgeverband und Landesjugendamt beim Ministerium des Innern dürfte daher erhebliche Ersparnisse bringen und unrationelles Nebeneinanderarbeiten zweier Ministerien verhindern.

Heil- und Pflegeanstalten

Das Land Baden besitzt 4 Heil- und Pflegeanstalten - Mönchs-Wiesloch, Emmendingen, Konstanz. Zur Betreuung von 3800 Kranken sind 1350 Mann Personal vorhanden. Bei Zugrundelegung des Dreieichsystems, das insofern noch eine gewisse Veranlassung zur Erhaltung enthält - was zweifellos nicht ohne weiteres zu entfallen durchschneitlich 7 bis höchstens 9 Kranke auf eine Pflegeperson. Berücksichtigt man, daß ein großer Teil des Krankenbestandes nicht bettlägerige Kranke sind, die während der Nacht nicht allzuhäufig einer Wartung bedürfen, so scheint die Zahl des Pflegepersonals reichlich hoch. Würde man die im Durchschnitt von einem Pfleger zu betreuende Krankenanzahl auf 10 erhöhen, so könnte der Betrieb mit einer geringeren Belegschaft durchgeführt werden, das heißt die Heil- und Pflegeanstalten würden sich fast selbst erhalten, der jetzige Staatsaufwand von 1 1/2 Millionen auf einen Bruchteil reduziert werden können. Bei dem starken Personalmangel in den Heil- und Pflegeanstalten bräuhle diese Sparmaßnahmen gar keinen sofortigen personellen Abbau zur Folge haben, das erzielte Ziel könnte durch Beschäftigter im Sanitätsplan und ähnliche Maßnahmen in absehbarer Zeit erreicht werden.

Landesstatistik

Ob uns die Bearbeitung der Landesstatistik im statistischen Bureau desamts wirklich so einige 400 000 M. jährlich wert ist? Die statistischen Institute werden in doch im statistischen Reichsamts, dem Reich 12 1/2 Millionen kostet, geführt. Unter den Landesstatistiken befinden sich oft auch solche, die im statistischen Reichsamtsamt, für das ganze Reich zentralisiert, aufbereitet werden. Die übrigen ist ja die statistische Erfassung aller möglichen und unmöglichen Lebensvorgänge eine moderne Sache, die nicht nachprüfbar genau bekämpft werden kann. Man sollte zumindest die Frage prüfen, ob nicht ein mit Württemberg gemeinsames statistisches Bureau desamts dem Bedürfnisse unserer Notzeit aus genügen würde.

Bürokratie im Ministerium des Innern

Betrachtet man den 1,2 Millionen jährlich betragenden Haushaltsplan des Ministeriums des Innern, so fällt die hohe Zahl von 130 im Ministerium beschäftigten Beamten auf, während in der Bezirksverwaltung des ganzen Landes 733 Beamte beschäftigt sind. Also fast jeder fünfte planmäßige Beamte der ganzen inneren Verwaltung sitzt in der Zentralbehörde. Zum Teil ist dies allerdings darauf zurückzuführen, daß der Bürobetrieb noch nicht genügend vereinfacht ist. Der Vereinfachung auf der mittleren Ebene in ihrem Arbeitsgebiet ist noch durchaus ausbaufähig. In Baden noch übliche Registratorbetrieb, Zentralregistrator und Briefkastendienst, muß als höchst umständlich, schwerfällig und wirtschaftlich bescheiden werden. Er erfordert neben starkem Personal und Materialverbrauch verhältnismäßig viel Personal, allein im Ministerium des Innern über 20 Beamte und Angestellte, unter den heutigen finanziellen Verhältnissen nicht ohne weiteres freizumachen verwendbar werden könnten. Das Briefkastensystem ist völlig überflüssig, das Abhandlungskommen von Schriftstücken ist ja doch nicht verbindlich. Die Zentralregistrator ist ebenfalls überflüssig wie das Briefkastensystem. Behörden mit registrierender Verwaltung sind u. a.: Reichspost, Reichsbahn, Reichsgericht, Reichsamt, Versorgungsbehörden. Für diejenigen Referate, über abgeschlossene Arbeitsgebiete verfügen, sollte dementsprechend

Trinkt das wohlbekommliche und bekannte vorzügliche Hoepfner-Pilsner u. Deutsch-Porter Hoepfner-Bräu Karlsruhe

auch in den badischen Zentralbehörden die Desentralisation der Verwaltung auf die Sekretariate möglich sein

Das Beschaffungswesen

Sehr im Auge hat auch noch das Beschaffungswesen; mit einigen Ausnahmen geht das Sachministerium, in jede einzelne Behörde, selbständig vor. Dabei liegt es doch auf der Hand, daß die kleinen Bedarfsstellen ungenügend als einheitlich zusammengefaßte Beschaffungsgemeinschaften, der Staat hätte durch rationelle Gestaltung des Beschaffungswesens auch mehr als bisher Gekostet, bei der Vergabe von Aufträgen solche Gemein- und Bundesanstalten auszuweisen, die, auf eine gewisse örtliche Monopolstellung bauend, unangemessen hohe Preise fordern. Die Beschaffung der Strafanstalten könnte noch mehr als bisher für den Behördenbedarf erfolgen; neben den Druckaufträgen kämen dafür hauptsächlich Buchbinder- und Tischlerarbeiten, Anterigua und Verbesserung von Mägen und Kleidungsstücken in Frage. Das Amtliche Gelehrte der Wirtschaftspartei über die angebliche Schmutzkonkurrenz der Gefangenearbeit hätte doch nur dann Berechtigung, wenn die Erzeugnisse der Gefangenearbeit auf den freien Markt gebracht und zu niedrigen Preisen vertrieben würden. Die Summen für den Ankauf von Fertigwaren und Rohstoffen, sowie die Vergabe von Leistungen zur Ausführung durch Unternehmer lassen sich aus den Sammelanträgen im Haushaltsplan nicht mit genügender Sicherheit herausziehen. Niedrig gerechnet entfallen jedoch 10 Prozent der Gesamtausgaben des Etats, d. h. mindestens 20 Millionen, auf Beschaffungen. Gelohnt es, nach dem Bericht von Reichsbahn und Reichspost, bei der Vergabe von Aufträgen einen 10prozentigen Preisnachlaß herauszuholen, so bräuhete sich der Landtag schon um etwa 3 Millionen Defizit kein weiteres Kaufverbot mehr zu machen.

Personalabbau

Ein personeller Abbau im Ministerium wäre aber nicht allein durch die vorherbeschriebenen Vereinfachungsmaßnahmen im Geschäftsbetrieb möglich, sondern auch durch Uebertragung von Zuständigkeiten an die Bezirksämter, insbesondere durch Stärkung der Stellung der Bezirksräte, die jetzt mit der Entscheidung über Wirtschaftsforderungen, Viehverkaufsforderungen, usw. ein recht kümmerliches Dasein fristen. Warum muß, um nur ein Beispiel zu nennen, in Rechnungswangsmitteln als Besondereinstellung das Ministerium fungieren und nicht, endgültig der mit den örtlichen Verhältnissen viel besser vertraute Bezirksrat? So lassen sich noch viele Zuständigkeiten anführen, die dem Bezirksrat übertragen werden könnten, nicht zum Schaden der Popularität der badischen inneren Verwaltung!

Justizverwaltung

Beim Justizministerium ist der erste Schritt zur Vereinfachung mit dem Ministerium des Kultus und Unterrichts in bereits durch den gemeinsamen Minister getan. Und in der Tat: warum sollte dieser Rechtszustand nicht wieder erreicht werden? Das Landesjugendamt, das es sich in der Nachkriegszeit etwas gewaltsam angeeignet hat, mühte sich doch bereits weiter oben erwähnten Vorschlag mit dem Landesfürsorgeverband im Ministerium des Innern vereinigen zu lassen. Darüber hinaus empfiehlt es sich, zur Entlastung der Ministerialinstanz, einen Teil der Geschäftsbereiche (Zulassung von Rechtsanwältinnen usw.) dem Oberlandesgerichtspräsidenten zu übertragen, in Gnadensachen die Zuständigkeit der Gerichte und Landesgerichtspräsidenten zu vergrößern. Das Ministerium würde dadurch von den einzelnen Geschäften der Justizverwaltung entlastet werden, mehr zum allgemeinen Ueberblick befähigt sein und sich überwiegend der Mitarbeit an Reichs- und Landesgesetzgebung widmen können. Die nötige Vereinfachung mit dem Ministerium des Kultus und Unterrichts würde dadurch noch erleichtert, zumal die Landesgesetzgebung ja immer weniger Arbeit macht. So hat der badische Landtag in seiner Sitzungsperiode 1929/30 ganze 15 Gesetze und Gesetze, darunter so weiterführende wie das über die Schöpfung der Bienenweiden, verabschiedet.

Beim Behördenabbau

Im Jahre 1924 hat sich der damalige badische Justizminister sehr erhebliche Reize aufgelegt; während von 83 Bezirksämtern 13 abgebaut wurden, hat von 60 Amtsgerichten nur ein einziges davon erhalten. Selbst wenn man der Auflösung ist, daß sich hierin jetzt nichts mehr nachholen läßt, so haben doch die Bedenken gegen Zusammenlegungen der Landesgerichte geringere Bedeutung, da diese ohnehin nur von dem kleineren Teil der Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Zur Aufhebung reif erschienen die Landesgerichte Waldshut mit nur 120 000 Gerichtseingesessenen und Mosbach mit 168 000 Gerichtseingesessenen. Bei den Amtsgerichten könnte die Amalgamation allmählich in Angriff genommen werden. So kleine Amtsgerichte wie Illersdorf (10 000 Einwohner), Randsdorf (10 000 Einwohner), Adelsheim (13 000 Einwohner), Rastbachhofen (14 000 Einwohner) brauchen keine eigenen Richter, sie können vom benachbarten Amtsgericht aus mit periodischen Amtstagen verwaltet werden.

Wasser- und Straßenbau

Nach Mitteilung des badischen Finanzministers in der Landtags-Sitzung vom 14. Januar 1930 ist die Vereinfachung von Wasser- und Straßenbauverwaltung mit dem Finanzministerium in Aussicht genommen. Es wäre wünschenswert, wenn darüber hinaus die Post- und Domänenverwaltung von Fachleuten einer genaueren Nachprüfung daraufhin untersucht werden könnte, ob und eventuell in welcher Weise eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und die Ersparnis der Einnahmen und Ausgaben der Postverwaltung bringt einen nicht sehr günstigen Betriebskoeffizienten an den Tag. Da dem Schreiber dieses die erforderliche Spezialerfahrung auf diesen Gebieten abgeht, möchte er die Detailuntersuchungen hierzu und zur Frage des Straßenbaus einer berufeneren Feder überlassen. Das gleiche gilt für das Schulwesen, ein Gebiet, auf dem die Auflösung des staatlichen Aufwandes an die steuerliche Leistungsfähigkeit unseres Landes besonders dringlich ist. Während in Preußen an Zuschuß des Landes und der Gemeinden für das Schulwesen auf den Kopf der Bevölkerung 25,25 M. entfallen, ist in Baden der entsprechende Betrag 30,01 M. Seine 27 Prozent aller Aufwendungen von Land und Gemeinde entfallen auf das Schulwesen; der Voranschlag des badischen Ministeriums für Kultus und Unterricht veranschlagt über zwei Drittel aller Reichsüberweisungen an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer! Vor dem Kriege erforderte der Etat des Unterrichtsministeriums 23 Millionen Zuschußbedarf, jetzt über 60 Millionen; da fragt man sich doch, ob die Bewirt-

lichung mancher Einrichtungen, die vom Standpunkt der Schule aus wünschenswert sind, nicht der Zukunft überlassen werden könnte, zumal in manchen schulpflichtigen Kreisen die Schulpflichtigen selbst einwilligen noch höchst ungeschicklich experimentieren. Der Landtag wird auf die Dauer garnicht darum herumkommen, die Zahl der höheren Schulen einzuschränken, während jetzt jedes kleine Amtsstädtchen eine zur Hochschulreife führende höhere Lehranstalt haben möchte — oder meistens schon hat. Die Auspönerung der Volksschule durch die anderen Schularten ist ein weiteres brennendes Problem. Die notwendige Höhe des Lehrerbearbeitungs, die Wochenpflichtstundenanzahl von Schülern und Lehrern, die Bildung von Schulverbänden bedürfen einer genauen Untersuchung — auch unter dem Gesichtspunkt der mangelhaften Finanzlage. Eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den Universitäten Heidelberg und Freiburg i. Br. wäre zwar etwas Neues, aber deswegen durchaus nicht ohne weiteres Abzulehnen.

Ich bin mir voll bewußt, welche Widerstände jeder, auch der beschriebenen Verwaltungsreform erwachsen, besonders in Baden. Jeder gute Badener ist stolz auf sein „Wäldertälchen“, daß er allen Verboten, bestehende Zustände abzuändern, höchst mißtraulich gegenübersteht. Dazu kommen noch die bestellten Bemerkungen des Reformwillens aus den politischen Parteien, Beamten- und Wirtschaftsverbänden usw. heraus. Was in vorstehenden, auch nur zur teilweisen Erhellung des Themas keinen Anbruch erhebenden Ausführungen an Ersparnismöglichkeiten dargelegt ist, das sind staatliche Lebensinteressen in keiner Weise verkettete Vorurteile, die aber trotzdem erhebliche, in die Millionen gehende Ersparnisse ermöglichen. Bileich, wie die Sparkommission bessere, das wäre sehr erfreulich. Entscheidend ist aber, daß der Reformwille im Lande vorhanden ist. Und das kann nach den bisherigen Leistungen der Regierung und des Landtags nicht bezweifelt werden!

Partei-Nachrichten

Wirtsch. Heute abend, 11. Oktober, findet halb 8 Uhr im Volkshaus eine Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht über die Kreisstatistik. 2. Gemeindefragen. Hierzu sind sämtliche Parteigenossen und Mitglieder unserer Ortsgruppe eingeladen. Ihr vollständiges Erscheinen wird als selbstverständlich erwartet.

Krieger. Die Teilnehmer an der Gemeindevorstandskonferenz der Gruppe Gengenheim, die am 12. Oktober in der „Arade“ in Teutschneuren stattfand, treffen sich um 1 Uhr im Volkshaus in Kriegerheim. Alle Parteigenossen sind eingeladen. Besonders von den Gemeindevorstandern wird erwartet, daß sie an der Konferenz teilnehmen.



Drei Baby's liebt man hier Vergnügt u. munter, Fritz, Inge und den kleinen Gunter, Sie haben Staunen schon vernommen, Daß sie zu Burchard dürfen kommen!

Baby-Woche vom 13. - 18. Oktober

Unentgeltliche Unterrichtskurse:

Säuglings-Pflege

täglich von 11-12 Uhr
3-4
1/2-1/6
6-7 (auf Wunsch auch abends)

Die Kurse werden von einer geprüften Säuglings-Pfegerin geleitet, die auch ihre Erfahrungen den interessierten Damen zur Verfügung stellt. Der Unterricht wird in einem geschlossenen Raum erteilt und ist vollkommen zwecklos.

BURCHARD

Gewerkschaftliches

Ein Tarifkonflikt im Berliner Buchdruckgewerbe

BRD. Der Verein Berliner Buchdruckerbesitzer unternahm im Sommer den Versuch, die Löhne abzubauen. Das hat zu einer arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung geführt, von der ein Ergebnis jetzt vorliegt. Der zwischen den beiderseitigen Zentralinstanzen abgeschlossene Tarifvertrag legt einen gewissen Lohn für normale Arbeitsleistungen fest und stellt es den Mitgliedern der Vertragsparteien frei, beim Abschluss von Arbeitsverträgen höhere Löhne zu vereinbaren. Im Laufe der Jahre sind die überarbeitsfähigen Löhne im ganzen Verbandsgebiet zur Regel geworden, denn nur eine Minderheit der Arbeitnehmer ist zu Tariflöhnen beschäftigt. Der Vorstoß der Berliner Buchdruckerbesitzer richtet sich gegen die überarbeitsfähigen Löhne. Er fordert im Juni keine Mitglieder durch Rundschreiben auf, bei Einstellungen von Arbeitskräften den Stellenangeboten die Ueberweisungsart vom Arbeitsnachweis abzunehmen, ihnen dann den Tariflohn anzubieten, und wenn es nicht zu einer Verständigung über den Lohn kommt, dem Arbeitsmittelsuchung zu machen, damit dem betreffenden die Erwerbslosenunterstützung gewährt wird.

Nachdem der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer ohne Erfolg verhandelt hatte, mit der Arbeitgeberorganisation über die Angelegenheit zu verhandeln, ludte er den Vorstoß der Arbeitgeber durch eine berechtigte Abwehrmaßnahme zu parieren. Er ersucht seinen arbeitstüchtigen Mitgliedern, den in der betreffenden Abteilung des Betriebes gezahlten Durchschnittslohn zu fordern und die Ueberweisungsart erst dann abzugeben, nachdem eine Lohnvereinbarung zustande gekommen ist. Die Arbeitgeber (Deutscher Buchdruckerverein und Verein der Berliner Buchdruckerbesitzer) klagen nun gegen den Buchdruckerverband und den Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Sie fordern die Aufhebung des angeführten Beschlusses der Arbeitnehmerorganisation, den sie als Verstoß gegen den Tarifvertrag bezeichnen. Außerdem machen sie geltend, der Beschluß der Arbeitnehmer sei eine nach § 826 BGB. gegen die guten Sitten verstoßende und daher zum Schadenersatz verpflichtende Handlung.

Die Schadenersatzklage wurde aus formalen Gründen abgetrennt. Sie soll später in einem besonderen Verfahren gegen den Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer durchgefochten werden. In dem gegenwärtigen Prozeß, der sich um den angeblichen Verstoß gegen den Tarifvertrag dreht, standen sich also nur die beiderseitigen Zentralvorstände gegenüber. Daß die Arbeitgeber ihren Abbau der überarbeitsfähigen Löhne beabsichtigen, gab ihr Vertreter vor Gericht zu. Der Tarif — sagte er — kenne nur einen Tariflohn und Leistungsansprüche, die besonders leistungsfähigen Arbeitnehmern zu gewähren seien. Also: Einstellung zum Tariflohn und erst nach erwiehlener besonderer Leistungsfähigkeit dementsprechende Zulagen. Dagegen betonten die Vertreter der Arbeitnehmer, Kraus vom Zentral- und Braun vom Gewerkschaft, daß jetzt nur Ausschüßstellen, meist nur für einige Tage, vermittelt würden, so daß die Möglichkeit, besondere Leistungsfähigkeit zu erweisen, gar nicht gegeben sei, der Tariflohn also zur Regel würde, was nicht dem Sinne des Tarifvertrages entspreche. Wenn hier von einer Störung des Tarifvertrages gesprochen werden könne, so hätten sich die Arbeitgeber der Friedensstörung schuldig gemacht, nicht aber die Arbeitnehmer, die den beabsichtigten Lohnabbau zu verhindern suchten.

Das am Dienstag verkündete Urteil des Gerichts geht dahin, daß sowohl das Rundschreiben der Buchdruckerbesitzer als auch die gegen dasselbe erlassenen Richtlinien des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer Zug um Zug zurückzuziehen sind. Die Begründung des Urteils ging davon aus, daß das Rundschreiben der Arbeitgeber gegen den Tarif verstößt, weil es so aufzufassen ist, daß Neueinstellungen nur zum Tariflohn vorgenommen werden sollen, während doch der Tarif die Vereinbarung höherer Löhne ausdrücklich zuläßt. Die Richtlinien der Arbeitnehmer stellen eine an sich berechtigte Abwehr des Vorgehens der Arbeitgeber dar, aber sie gehen nach Ansicht des Gerichts insoweit zu weit, als sie ganz allgemein die Forderung der in den Betrieben gezahlten Durchschnittslohne seitens der Einstellenden verlangen, während nach dem Tarif höhere Löhne für besondere Leistungen in jedem Einzelfalle vereinbart werden können.

Die Internationale der Lebens- und Genussmittelarbeiter

Nach den Mitteilungen der Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie (IUL) gehörten der Internationale am 1. Januar 1930 32 Verbände mit 386 820 Mitgliedern an. Das Verhältnis der Mitglieder männlichen Geschlechts zu dem des weiblichen hat sich nicht wesentlich geändert. Am 1. Januar 1929 zählten die der IUL angeschlossenen Verbände 287 988 männliche und 65 992 weibliche Mitglieder, am 1. Januar 1930 dagegen 317 270 männliche und 69 550 weibliche Mitglieder, in Prozenten: am 1. Januar 1929 männliche 81,9 Prozent, weibliche Mitglieder 19,5 Prozent; am 1. Januar 1930 männliche 82,02 Prozent, weibliche Mitglieder 17,98 Prozent. Eine Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen der Verbände am 1. Januar 1930 und der am 1. Januar 1929 zeigt, daß die meisten Verbände auch im vergangenen Jahre die Zahl der Mitglieder steigern konnten. Mitgliederzunahmen verzeichneten 25 Verbände. Bei fünf Verbänden ist eine kleine Reduzierung der Mitgliederzahl eingetreten. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände hat sich im Jahre 1929 um 17 212 vermehrt. Die neu beigetretenen Verbände brachten eine Ausnahme um 5633 Mitglieder. Insgesamt hat sich also die Mitgliederzahl um 22 895 erhöht.

Handball

Der 3. Serienpieltag bringt wiederum zahlreiche und wichtige Spiele. Es stehen sich gegenüber: Bismarck — Rastbachhofen — Turlach Schußport, Karlsruhe Süd — Forstheim (4 Uhr), Rastbachhofen — Grottsbach (4 1/2 Uhr), Grottsbach — Mühlburg, Au am Rhein — Muggensturm (5 1/2 Uhr), Bruchsal — Mieseln, Karlsruhe-West — Unterarmbach, Turlach — Rastbachhofen. Samtliche Spiele beginnen, soweit nichts anderes angegeben, um 3 Uhr. — Berichterstatter: 157-158 Uhr.

Verkehrsamt: Georg Schöblich, Verantwortlich; Volfr. Bretschneider, Baden, Schriftführer. Aus aller Zeit. Letzte Nachrichten: E. G. R. B. H. am. Bad. Sonntag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Amtliche Chronik aus Mittelbaden, Turlach, Gerichtszeitung, Feuilleton, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß Karlsruhe, Gemeindevorstand, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Zeitlichliches, Jugendzeitung und Wagnern, Auskünfte: Volk. Zeitung, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, Samtliche Wohnorte in Karlsruhe in Baden Druck u. Verlag: Verlagsbuchhandlung Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Das war eine Tat — Verfil billiger! Eine Tat, die man sich eben macht: das große Doppelkopf Verfil kostet nur noch 75 Pf., das Normalpaket nur noch 40 Pf. In dem Doppelkopf liegt die Hausfrau von jetzt ab einen ganzen Strohhalm extra und an dem Normalpaket 5 Pf. und sparen sie heute noch! Aber noch ein doppelter Augen wint der Hausfrau, der Verfil so gebraucht, wie es die Vorfrist mit, d. h. 1 Paket auf 3 Eimer Wasser, ohne jeden verteuerten Zusatz von Salz und Zerkleinerer. Nur einmaliges Kochen der Nudeln in kaltdirekter Verfilung — das ist das ganze Geheimnis. Im Einfachen liegt der Fortschritt, und Zeit- und Kraftersparnis ist der Gewinn.

Jetzt Herren-Trikotagen

Futterhose grau	Mk 2.10	1.90
Plüschhose 2fach Louisiana	Gr. 5	3.60
Plüschhose 2fach Mako	Gr. 5	4.60
Plüschhemd 2fach	Gr. 5	5.90
Normaljacke	Gr. 5	1.80
Normal-Hosen	Gr. 5	2.60
Normal-Hosen	Gr. 5	1.95
Normal-Hosen	Gr. 5	2.95

Trikotagen in allen Weiten für extrastarke Herren

Jägerwäsche! Sanitas Elastica! Cosy-Wäsche! Merino Finish!

Burchards Volkssocken Reine Wolle, kamelhaarfarbig . . . Paar **1.-**

Burchard



Elegant sein und sparen?
Natürlich kann man das!
Gehen Sie doch zu

Carl Schöpf
Spezialhaus für Damen- und Herrenbekleidung
Stoffe jeder Art

Tanz-Institut Vollerath
Kaiserstr. 235
Lehrt den Hirtentanz.
Beginn neuer Kurse September u. Okt. Einzelunterricht

Verfeinerung
Montag, 1/3 Uhr, i. d. Körnerstraße 18
Näbel oder Art. u. a. Standuhr, Spiegel, Schrank, Büfett, Schlafzimmer, Schrank, überreflexor Schreibmaschine, Kleintisch u. a. m. 6520
Hesch. Goethestr. 18.

Nähmaschine 6524
Schreibmaschine gut erh. Billig abzug 46 Jähringerstr. 46 Kutzmann

Resi Tauber
Lichtspiele 3.30
Waldstr. 30 6.00
singt 8.45 Richard Tauber
Ich glaub' nie mehr an eine Frau

Voranzeige! Länderkampf im Ringen
Baden Pfalz — Elsaß/Lothringen mit großem Sportprogramm
Sonntag, 19. Oktober 1930, nachm. 4 Uhr in der Stadt. Festhalle Karlsruhe
Eintrittspreise: Numerierter Platz 2 RM., 1. Platz 1 RM., 2. Platz 60 Pfennig
Vorverkaufsstellen: Sport-Härtle am Durlacher Tor, Zigarrenhaus Meyle am Marktplatz, Zigarrenhaus Bekir, Kaiserstraße, Zigarrenhaus Töpfer am Mendelssohnplatz, Buchhandlung Eisele, Weiderplatz.

GLORIA-PALAST
Täglich:
der Film um den Altmeister des Wiener Walzers
Johann Strauß
Der Walzerkönig
mit Cläre Rommer und Hans Stüwe in den Hauptrollen.
Giovanni und Livia Marracci
in dem wundervollen Kurz-Tonfilm aus der Oper „Martha“.
Reichhaltiges Beiprogramm!
Anfangszeiten: 3 1/2, 5, 7 und 9 Uhr.

Ziehung 1. Klasse 24. u. 25. Oktober

Staatslotterie
800 000 Lose — 348 000 Gewinne im Gesamtbetrag von **114 Millionen RM.**
Höchstgewinn auf 1 Doppellos (6 9 des Plans): 2.74
2 Millionen RM.
Höchstgewinn auf 1 ganzes Los **1 Million RM.**
4mal **500 000 RM.**
2mal **300 000 RM.**
2mal **200 000 RM.**
12mal **100 000 RM.**
sowie viele Gewinne zu 75 000, 50 000, 25 000, 10 000, 5 000, 3 000 usw.

Lospreise: 1/2 5.- 1/4 10.- 1/8 20.- 1/16 40.- 1/32 80.- RM.

Die Staatlichen Lotterie-Einnahmen:
Zwerg Hebelstraße 11 **Dr. Meyer Waldstraße 36**
Postsch.-Konto 17808 / Tel. 4828 / Postsch.-Konto 929

Runter die Preise!

Bpl. Bett von 65.- an
Seegr.-Matr. o. R. von 19.-
Boll-Matr. o. R. von 25.-
Kap.-Matr. o. R. von 45.-
Bettb. 6 Bld. Federn von 19.-
Riffen, 2 Bld. Federn von 4.75
Federn: grau u. 0.75
rein weiß u. 3.25
Halbdann u. 2.85
Volldann u. 3.75

20 Sorten Federn
Bat.-Bettb. 6524
IL. von 9.50 an
Chaiselung. u. 32.-
Bläsch-Soja, mod. von 122.-
Stehbetten, gelb. von 13.-
Bollbden, gut. von 14.50
Ratragen* schoner von 3.50
Stelierung frei!
Ratenkaufabkommen

M. Kachur
Kaiserstraße 19
bei der Kodjshule.

Damen- und Herren- 6523
Rad 6524
Wädhcn- und 6525
Knabenrad
gut erh. Billig abzug
46 Jähringerstr. 46
Kutzmann

Festhalle
Früh. k. u. k. Österr. Hofball-
musikdirektor
JOHANN STRAUSS
mit seinem Wiener Orchester

Dienstag, 14. Oktober 8 Uhr
Diesjähriger Wiener Walzer- und Operetten-Abend

Restliche Karten bei Musikalien-Handlung und Konzertdirektion Fritz Müller, sowie ab 7 Uhr an der Abendkasse.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Karlsruhe

Samstag, den 18. Oktober 1930, in der FESTHALLE

Großes Verbandsfest
bestehend aus:
Künstler-Konzert, Ehrung der Verbands-Jubilare, Unterhaltung und nachfolgendem Ball

Anfang 19 1/2, Ende 2 Uhr
Eintrittskarten à 50 Pfg. sind bei den Vertrauensleuten zu haben.
Tanzgebühr 150 Mark.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Verwaltung und der Festausschuß 6512

Atlantik-Lichtspiele
Kaiserstr. 5 (Am Durlacher Tor) Tel. 6284

Ab heute in Erstaufführung für Karlsruhe:

1. **EDDIE POLO**
der König der Sensationsdarsteller in einem neuen schmissigen Filmwerk.

Der Teufelsreporter
4 1/2, 7 und 9 Uhr
Neue Sensationen u. Überraschungen. Spannend bis zum letzten Bild 6531

Zum Salmen
Am Ludwigsplatz Telefon 2019

Neuer Bornheimer (Rheinessen) 6517
und **Zwiebelkuchen**
Heute Samstag ab 6 Uhr: Schweinsknöchle
Freundl. Nebenzimmer Freitags noch frei

Motorrad Albert Kammerer Bürgerstraße 5
Ratragen, Patentrolle, Chaiselange, Soja, Seife, Divan - Betten
Reparaturen prompt und preiswert. 6526

Moninger Hauptausschank
Täglich die beliebten
Nürnberger Bratwürste
Heute ab 5 Uhr
Hausgemachter warmer **Leberkäse**

Unser **JOB-Papier** und ein guter Tabak sind ein Hochgenuß
Drum rauche die **JOB-Zigarette**
sie vereinigt beides
Kentucky 3 Pfg. Maryland 3 Pfg. Havana Extra 4 Pfg.

Erhältlich in allen Zigarren-Spezialgeschäften
ZIGARETTENFABRIK JOB G. M. B. H. Kehl-Rheinhafen

Der tolle Ozeanlieger
(Der Held einer Nacht)
Eine ganz tolle Sache mit Glenn Tryon, dem Weltmeister der Frechheit.

PHÖNIX-STADION
Sonntag den 12. Oktober 1930 nachmittags 3 Uhr
Verbands-Spiel
K.F.V. Phönix
Auto-Anfahrt gestattet
Mitglieder haben nur gegen Vorzeigen der neuen Mitgliedskarte freien Eintritt.

Schrempf-Galitäten
SAAL 3
Samstag und Sonntag
große Stimmungs-Konzerte
der Hauskapelle Walter Keßler
Alles singt • Alte und neueste
Schlager • Eintritt frei!

Am Donnerstag, den 16. Oktober d. Js. nachmittags 4 Uhr findet im Konzerthaus ein

Vortrag mit Filmvorführung
über „Die moderne Raumheizung“ statt. Jedermann, insbesondere aber sollten den Besuch dieses wichtigen Vortrages nicht versäumen.
Eintritt frei Ende gegen 1/6 Uhr
Eintrittskarten sind vor Beginn des Vortrages an der Schalterkasse und jetzt schon beim

Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt
Gas Werbenableitung
Karlsruhe, Amalienstraße 81, (if Stock, Fernru: Nr. 545/58) erhältlich

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
Sprechstunde nachmittags 19.30 bis 21.00 Uhr
Sprechstunden jeden Mi. u. Freitag 10.00 bis 12.00 Uhr
Nacht- oder Mittwoch-Unter den Linden 60
Ecke Yorkstr. u. Kaiserstr. (Telefon 6517)

Gegenwartstragen u. Anthroposophie.
Öffentliche Vorläufe im Vorprogramm Waldstraße 6 jeweils 8 Uhr abends
Montag, den 13. Oktober 1930:
Dr. Hermann Poppelbaum-Hamburg
Maturerkenntnis und Wiederverkörperung.
Freitag, den 24. Oktober 1930:
Dr. Walter Johannes Stein-Stuttgart
Lehrt die Geschichte uns hoffen?
Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland.
Kostenbeitrag: 2.-, 1.- u. nach Belieben.

Hochgelegenes **Schlafzimmer** Birko limit. nur 550.-
Möbelhaus Carl Baum & Co. Erbsprinzenstraße 6
Kein Laden Auswahl über 14 Zimmer u. Küchen

Öffentlicher Vortrag
heute abends 8 Uhr im Saale der „Hör-Jahreszeiten“
Dr. Grobmann - Weinheim
spricht über das Thema
Die Bahai-Lehre, die Weltreligion
ein Auszug aus den Schriften unterer
Eintritt: nur jed. Mann frei

Plakate in künstlerischer Ausführung fertigt an
Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H.

Veranstaltungen

Der Gesangsverein „Fidelitas“ der Freien Bäckerei Karlsruhe...

Colosseum-Theater. Das Brasilianische Kaleidoskop...

zu benutzen. Am 12. ds. Mts. finden die letzten Sonntag-Vorstellungen...

Abend heiterer Musik im Café Odeon. Meister Dolzettel ist nicht nur Vermittler klassischer Musik...

Schiffspielhäuser

Der Wasserflug. Gloria-Palast. Der Film, der zur Zeit im Gloria-Palast...

der Familie Strauß, ein Nachfahre der Musiker-Dynastie, hier mit seinem Orchester gastieren wird...

Kinheim

Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei werden an dieser Stelle nochmals auf die heute Samstag, abends 8 Uhr...

Ärger mit Rasier. zeug kenne ich nicht. Ich hole alles in den Fachgeschäften. Geschw. Schmid P. Schäfer

Formschöne Qualitäts-Möbel billigst berechnet nur geliefert von Brüdern Bär

Droben im Oberland, Drunten im Unterland: Überall. Summt die Zwickfrosch im Luffen mit „Omig Luvvuk“...

Geißelartige Speise-Kartoffeln für den Winterbedarf aus den besten badischen Kartoffelanbau...

Durlacher Anzeigen. Versteigerung von Schlagraum. Die Stadt Durlach läßt am Sonntag, den 13. Oktober...

Landestheater. Samstag, 11. Oktober. Die Prinzessin u. der Günstiger

Colosseum. Heute 8 Uhr: Das Brasilianische Kaleidoskop

Schlafzimmer. neue Modelle, in bester Verarbeitung zu wirklich billigen Preisen

Kastatter Anzeigen. Die Wahl der Stadtverordneten, Bezirksräte und Kreisabgeordneten am 16. November 1930.

Die Prinzessin u. der Günstiger. Sonntag, 12. Oktober

Wälcherei Roll. wäscht von 20 Pfd. ab jede Wäsche separat

Achtung! Brennholz. Buchen und Tannen gemischt

Grundstückverpachtung. Die Stadt Kastatt läßt die auf Martini 1930 pachtfrei gewordenen Grundstücke...

Kartoffelverforgung. Die Versteigerung der Stadtpflüge für den Verkauf von Stämmen u. Sämlingen...

Das Recht der Jugend. Aus dem Inhalt: Rechtsstellung des Kindes in Familie und Schule...

Die Wälscherei. Brennholz. Anfeuerungsholz. Hartholz

Knielinger Anzeigen. Am Montag, den 13. ds. Mts. nachmittags 2 1/2 Uhr...

B.-Badener Anzeigen. Städtische Schauspiele B.-Baden. Die fünf Frankfurter

Die Zeitung des Fortschritts. Volksfreund INSERATE. haben durch die weite Verbreitung und den großen Leserkreis besten Erfolg

Möbel
Ausnahmepreise!
Reformtische, 180 cm breit, in Ware 350 M., eichenes Blatt 190 M., poliert. Büfett 250 M., pol. Spiegelst. 100 M., Eivan, schöne Ruffel 120 M. 6519
runde Zimmertische von 20 M. an
Möbelhaus
Maier
Weinheimer
32 Kronenstraße 32

Möbel
joglicher Art kaufen Sie sehr preiswert bei 6516
Karl Thome & Co.
Möbelhaus
Karlsruhe
Herrenstraße 23 gegenüber der Reichsbank.
Wieso große Auswahl!
Formvollendete Qualitätsarbeit. Glänzende Anerkennungen. Im Ratenkauf abkommen!

Möbel
Ausnahmepreise!
Reformtische, 180 cm breit, in Ware 350 M., eichenes Blatt 190 M., poliert. Büfett 250 M., pol. Spiegelst. 100 M., Eivan, schöne Ruffel 120 M. 6519
runde Zimmertische von 20 M. an
Möbelhaus
Maier
Weinheimer
32 Kronenstraße 32

Kohlen- und Gas-Herd
Junker & Ruh, billig abzugeben. 6522
46 Zähringerstr. 46
Kunzmann

Geh. Med.-Rat 1705
Dr. Mayer
Augenarzt
Nachfolger u. fr. Vertreter von Dr. Goy
Sprechräume jetzt: Belfortstr. 21, Ecke Westendstr. beim Mühlburger Tor (Haus Med.-Rat Dr. Krumm)
Sprechzeit: 11-1 Uhr und 3-5 Uhr, im Evang. Diakonissenhaus 9-10 Uhr

Meine Praxis befindet sich jetzt:
Tirchowstraße 18
Straßenbahnhaltestelle:
Schillerstr.: Linie 4, 2, 1
Willi Rothaug
staatl. gepr. Dentist
Telefon 1065

ZURÜCK!
Richard Ziegler
staatl. gepr. Dentist
Akademiestr. 26 - Telefon 321
Zugelassen zu sämtlichen Kassen

Dr. W. Karoll
Ärztlicher Rat
In diskreten Fragen der Frau zum Schutz! Den Eheleuten zum Segen!
Diese aufsehenerregende, von tiefem, sittlichem Ernst getragene Broschüre, welche die Geburtenregelung behandelt, versendet gegen Einsendung von 50 Pf. franko (Nachnahme 30 Pf. mehr)
Sanitas-Versand Karlsruhe
Postfach 78 - Postcheckkonto 9385

Christl.-Wissenschaftl. Vereinigung
(Christian Science Society) Karlsruhe
Gottesdienste: Sonntag 8 1/2 Uhr vormittags, Mittwoch 9 Uhr abds. Kriegstr. 84, Vortragssaal

60
Im Zeichen unseres Jubiläums-Verkaufes
10% Rabatt
Herren-Hüte
Die besondere Note, welche unsere ganz einzigartige Auswahl auszeichnet, der gute Geschmack in Formen und Farben, kommt in unseren Herbst-Neuheiten wieder zum Ausdruck; dabei sind unsere Preise der Zeit entsprechend anfallend billig.
Eine Jubiläumsgabe ist unser
Zeumerhut
Sie können ihn für wenig Geld erwerben.
Wilh. Zeumer
Kaiserstr. 125/127

Samstag, den 11. Oktober bis Donnerstag, den 16. Oktbr. **BILLIGER MASSEN-VERKAUF** Samstag, den 11. Oktober, bis Donnerstag, den 16. Oktober

Trikotagen		Strümpfe	
Damenschlupfer Baumwolle, mit angeräuhertem Futter, gutes Farbensortiment Paar	95	Damen-Strümpfe prima Mako, mit Doppelsohle und Hochferse Paar	65
Damenschlupfer glatte Kunstseide, in hellen Pastellfarben Paar	1.25	Damen-Strümpfe echt Mako oder Waschkunstseide, plattiert, bewährte Qual., äußerst strapazierfähig Paar	95
Damenschlupfer Mako, mit angeräuhertem Futter, angenehmes weiches Futter Paar	1.75	Damen-Strümpfe Künstl. Waschseide, tadellose Verarbeitung mit Spitzferse und Doppelsohle Paar	1.25
Damenschlupfer mit kunstseid. Decke, kräftige Futterqualität, in schönen Farben Paar	1.95	Damen-Strümpfe echt ägyptisch Mako, besonders solide, schwere Ware, in modern. Farben Paar	1.45
Mädchen-Futterschlupfhosen innen gerauhert (Größtensteigerung 15 %) Größe 1	45	Damen-Strümpfe reine Wolle, weiche dehnbare Qualität Paar	1.75
Mädchen-Futterschlupfhosen m. kunstseidener Decke (Größtensteigerung 15 %) Größe 1	85	Damen-Strümpfe Künstl. Waschseide mit Florplattiert, vorzügliche Strapazier-Qualität mit 4 facher Sohle, großes Farbensortiment Paar	1.95
Herren-Normaljacken wollgemischt, mit ganzem Arm, gute Qualität Größe 4	1.45	Damen-Strümpfe Wolle mit Kunst-Seide plattiert Paar	2.45
Herren-Normalhosen gute wollgemischte Ware Größe 4	1.65	Damen-Strümpfe Kunstseide mit Flor hinterlegt, eleg., sol. Straßenstrumpf in allen Modefarben Paar	2.95
Herren-Normalhosen starke, wollgemischte Qualität mit Ueberschlag Größe 4	1.95	Herren-Socken makoartig, hübsche Fantasie-Muster Paar	75
Herren-Einsatzhemden kräftige Imilitärware, mit schönen Einsätzen Größe 4 und 5	2.25	Herren-Stricksocken reine Wolle, 2 x 2 gestrickt, grau und kamelhaarfarbig, sowie Fantasiesocken in nur mod. Dessins Paar	95
Herren-Futterhosen mit weichem, weißem Innenfutter Größe 4	2.45	Herren-Jacquardsocken reine Wolle, hochwertige Qualität, in II Sortierung Paar	1.65
Kinder-Normalanzüge wollgem., Rücken-schluß mit langem Arm (Größtensteigerung 15 %) Gr. 6-6	1.25	Herren-Gamaschen mit Ledersteg, gute Verarbeitung und tadelloser Sitz Paar	2.75

Große Mengen **Damen-Unterwäsche** zum feingewirkten **Unterziehschlupfer** weiß und pastellfarbig **55** Paar
Damen-Hemdchen mit breiter Achsel, weiß und feinfarbig 1,10 mit Bandträger **75** Paar
Damen-Hemdchen feines Trikotgewebe m. Bandträger in Beis- u. Windelform **95** Paar
Damen-Hemdchen echt ägyptisch Mako, hervorragende Qualität **1.65**

Solange Vorrat **Weit unter Preis**
Ein Posten **Reinwollene Kinderstrickstrümpfe** mit Stopfkärtchen farbig, bestes, süddeutsches Fabrikat **95** Paar
Größe 7-9 1.55 Gr. 4-6 1.25 Gr. 1-3

Riesenauslagen im Lichtofen und in uns. Spezialabteilung im Erdgeschoß.
Beachten Sie unsere Fenster Nr. 1 und 3 in der Kaiserstraße

KNOPF

Dr. med. Keul
Facharzt für Haut- und Harnleiden, Kosmetik Licht- und Diathermiebehandlung
wohnt und praktiziert jetzt **Ritterstraße 5 - Haus Köchlin** - gleich bei der Kaiserstraße, Ecke Zähringerstr. **Telefon 1511 Sprechstunde 11-1, 3-6**

Schlafzimmer
hochmodern, nach neu. besonderer Umstände wegen im 520 M. zu verkaufen. Best. unter Nr. 6417 an das Volksfreundbüro.
3 gut erhalt. Kuzüge 15-16 Jahre, zu vert. 8-12 M. 6519
Wagaustr. 36, 4 St. r.

Tieraugenrein
Kaiserstr. 125
Einladung zur Herbst-Berammlung am **Montag, 13. Oktober, abends 8 Uhr**, im Gartenlokal des "Friedrichshofes" Schillerstr. Vortrag des Herrn Schriftf. Antenbrand über "Den heiligen Franziskus von Assisi und die großen Naturfreunde der Vergangenheit". Alle Tier- und Naturfreunde sind eingeladen. 6511 Der Vorstand.

60
Im Zeichen unseres Jubiläums-Verkaufes!
10% Rabatt
Wetz
Die Entwicklung und die erreichte hohe Stufe unseres Hauses findet in diesem Jubiläumsverkauf mit der ganz einzigartigen Auswahl in den "Qualitäten des Kürschners" und den besonders niedrigen zeitgemäßen Preisen bereiten Ausdruck.
Lassen Sie sich diese günstige Kaufgelegenheit nicht entgehen
Groß-Kürschnerei
Wilh. Zeumer
Kaiserstr. 125/127
Ratenkauf abkommen der Bad. Beamten-Bank.
Reichhaltige Auswahlabendungen nach auswärts bereitwillig, verlangen Sie unser Angebot.
Dem R R R Karlsruher Kunden-Kredit angeschlossen

Trost im Leid
bedeutet die Auszahlung von **R.M. 6000.- (Sechstausend)** an die Kinder der vor kurzem tödlich verunglückten Eheleute Franz Fellhauer, Karlsruhe, Effenweinftraße Nr. 30, auf Grund des Abonnement der Zeitschrift **"Nach Feierabend"**

Pfänder-Versteigerung.
Am **Wittwoch, 13. Okt. 1930**, vormitt. von 9 Uhr u. nachmitt. von 14 Uhr an, findet im Versteigerungstotal des Stadt. Leihhauses, Schwabenstr. 6, 2. St., die öffentl. Versteigerung der verfallenen Pfänder vom Monat Febr. 1930 Nr. 4051 bis mit Nr. 7596 gegen Barzahl. statt.
Zur Versteigerung gelangen: Fahrräder, Nähmaschinen, Reffer, Schuhwerk, Herren- u. Damenkleider, Wäsche, Stoffe, Bekleidung, Gold- und Silber, Uhren, Juwelen, Musikinstrumente ufo. Insbesondere kommen Mittwoch 14 Uhr mittags zur Versteigerung.
Das Versteigerungstotal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeg. geöffnet. Die Kasse bleibt an dem Versteigerungstage, und am Tage vorher nachmittags geschlossen.
Karlsruhe, 25. Sept. 1930
Stadt. Pfänderschaff.

Durlach!
Kaffee-Restaurant
Parkschlößle
Inh. Ludwig Goos
Erstklassiges in Küche u. Keller
Jeden Mittwoch, Samstag u. Sonntag Tanz
Mäßige Preise

Einen Vortell bietet Ihnen der **Pfalz-Wein-Verkauf**
en detail en gros
nur Adlerstraße 38
Neuer Süßer 55
Neuer Rotwein 55
Alte Rotweine von 60 an
Alte Weißweine von 60 an
Von 5 Liter an frei Haus.
Besichtigen Sie mein Lager und probieren Sie ohne Kaufzwang!

A. Werthhammer
Malermaler
Luisenstr. 37
Telefon 7365
Ausführung sämtlicher Maler- und Anstreicher-Arbeiten
Solide Arbeit, billigste Berechnung

PhotoAmateure!
In Qualität bei äußerst kalkulierten Preisen z. B.
1 Hochglanzabzug 6/9 - 10 9/12 - 15
1 Platte entwickeln 6/9 - 10 9/12 - 15
1 Rollfilm - 50

Photohaus Willijäger
Lessingstr. 45, 1. Trepp. Telefon 78

Farben-Lacke
gebrauchsfertig für Anstriche aller Art vorteilhaft. I. Farbenhaus Waldstr. 15, b Colosseum

Arbeiter-Samariter-Bund E. V.
Kolonne Karlsruhe.
Unentgeltlicher Unterricht zur Auszubildung in der ersten Hilfeleistung, Verstä. liche Leitung.
Vehre: Der Menich, Arbeiter, Anzeigelle, Beamte, Arbeiter, Teilnehmer und Arbeiterin, kommt in die Kursabende, laßt Euch ausbilden. Die Kurse finden jeweils Montags, abends 8 Uhr, statt, in der Obeliskule (Zeichenaal), Kreuzstr. 6499
Der Kurs beginnt am Montag den 13. Oktober 1930, abends 8 Uhr.
Der Vorstand.